

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **22. und 23. Sitzung**
des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2008/2009
vom 6. April 2009

von 16.15 bis 18.40 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz: W. Langhard (SVP)

Protokoll: K. Lang

Entschuldigt Abendsitzung: D. Hauser (SP), B. Baltensberger (SP)

Beide Sitzungen: M. Stutz (SD)

Traktanden

- 1.* Protokoll der 16./17. Sitzung
- 2.* 09/004 Kenntnisnahme des Schlussberichts des Projekts "Haushaltssanierung (DFI) 2007 (HS 07)"
- 3.* 09/005 Kredit von Fr. 700'000.-- für die Realisierung des Radwegs zwischen der (DB) Turmhaldenstrasse und der Frohbergstrasse
- 4.* 09/013 Kredit von Fr. 850'000 für die Projektierung des neuen 110/11 kV Unterwerkes Neuwiesen (UWN) im Zusammenhang mit der NOK-Spannungsumstellung von 50 kV auf 110 kV (DTB)
- 5.* 09/015 Projektierungskredit von Fr. 975'000 für die Umnutzung der Liegenschaft (DTB) Schöntal, Untere Schöntalstr. 12 ("Werkhof Schöntal von Stadtwerk Winterthur")
- 6.* 09/006 Antrag und Bericht zum WOV-Postulat S. Stierli (SP) betreffend Reaktion (DKD) auf die Finanzkrise: Zusätzliche Lehrstellen in der Stadtverwaltung
- 7.* 08/026 Beantwortung der Interpellation P. Kyburz (SP) betreffend Verkehrssicherheit (DSU) im Gebiet Wässerwiesen- / Johannes Beugger-Strasse
- 8.* 08/080 Begründung der Motion P. Rütimann (FDP), J. Lisibach (SVP) und (DSU) U. Dolski (CVP) betreffend Einführung eines kommunalen Ordnungsbussenverfahrens
9. 08/089 Begründung der Motion P. Rütimann (FDP) betreffend Verordnung zur (DSU) Nutzung des öffentlichen Grundes

10. 08/060 Begründung des Postulats P. Rütimann (FDP) betreffend weitsichtige Planung für den Bahnhof Hegi (DKD)
11. 08/016 Beantwortung der Interpellation U. Böni (SP) betreffend Wohnstadt - Arbeitsstadt - Freizeitstadt, die gesunde Durchmischung macht (DKD)
12. 07/043 Antrag und Bericht zum Postulat B. Baltensberger (SP), B. Günthard Fitze (EVP/GLP), G. Bienz-Meier (CVP) und S. O'Brien (Grüne/AL) betreffend Einführung des Lohngleichheitstests (Logib) in der Stadtverwaltung (DKD)
13. 07/057 Antrag und Bericht zum Postulat J. Lisibach (SVP), R. Kleiber (EVP/EDU/GLP) und M. Hollenstein (CVP) betreffend Umzonung des 'Viehmarkt-Platzes' in eine Erholungszone (DKD)
14. 07/058 Antrag und Bericht zum Postulat J. Lisibach (SVP), R. Kleiber (EVP/EDU/GLP) und M. Hollenstein (CVP) betreffend Projektwettbewerb für neue Nutzung des Reitwegplatzes (DKD)
15. 08/088 Begründung des Postulats M. Zeugin (EVP/EDU/GLP), R. Wirth (SP), H. Keller (SVP), P. Rütimann (FDP) und B. Dubochet (Grüne/AL) betreffend Vision "Eulach Valley" - Energie-Cluster für den Wirtschaftsstandort Winterthur (DKD)
16. 08/028 Beantwortung der Interpellation P. Kyburz und B. Gruber (SP) betreffend Wohnungen für Studierende in Winterthur (DKD)
17. 08/079 Begründung der Motion S. Stierli (SP) betreffend kein zweites "Schloss Wülflingen": Definition der Grenzbereiche der gebundenen Ausgaben (DFI)
18. 08/044 Beantwortung der Interpellation R. Wirth (SP) betreffend Geldflussrechnungen (DFI)
19. 08/042 Beantwortung der Interpellation Y. Beutler Rohrer (SP) betreffend Bierlieferverträge (DFI)
20. 07/056 Antrag und Bericht zum Postulat O. Seitz (SP), M. Stauber (Grüne/AL), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP), W. Schurter (CVP) betreffend Fahrgastführung am Bahnhofplatz Winterthur (DTB)
21. 07/029 Antrag und Bericht zum Postulat A. Ramsauer (Grüne/AL), U. Bründler (CVP), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP), H. Strahm (SP) und M. Stutz (SD) betreffend Förderung von Blockheizkraftwerken (DTB)

Bürgerrechtsgeschäfte (die Behandlung findet zu Beginn der Abendsitzung statt)

Es liegen nachfolgende Einbürgerungsgesuche vor:

1. B07/157 Halili geb. Ademi Sulltone, geb. 1967, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
2. B08/147 Limani Dilber, geb. 1960 und Ehefrau Limani geb. Brava Arzije, geb. 1960, mazedonische Staatsangehörige
3. B08/206 Kallweit Paul Horst Gert, geb. 1952, deutscher Staatsangehöriger
4. B08/207 Nuachampit Jantima, geb. 1985, thailändische Staatsangehörige
5. B08/220 Dowling Terence, geb. 1932, britischer Staatsangehöriger

6. B08/221 Duarte Edmundo José, geb. 1959, portugiesischer Staatsangehöriger
7. B08/254 Türkes Hacidursun, geb. 1963 und Ehefrau Türkes geb. Akburak Sevim, geb. 1964, mit Kindern Canan, geb. 1993 und Kübra, geb. 1997, türkische Staatsangehörige
8. B08/255 Bizzarro Gerardo Alessandro, geb. 1959 und Ehefrau Bizzarro geb. Izzi Antonietta, geb. 1955, italienische Staatsangehörige
9. B08/256 Balta Drago, geb. 1965 und Ehefrau Balta geb. Duvnjak Kata, geb. 1966, mit Kindern Martin, geb. 1994 und Marko, geb. 2000, kroatische Staatsangehörige
10. B08/257 Dao Thi Gai, geb. 1960, mit Kindern Nguyen Xuan Quynh, geb. 1990, und Nguyen Vuong Phi, geb. 1993, vietnamesische Staatsangehörige
11. B08/260 Misimi Ardian, geb. 1983, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
12. B08/261 Quaglia geb. Lissková Lenka, geb. 1975, tschechische Staatsangehörige
13. B08/263 Roschewitz Annette, geb. 1963, deutsche Staatsangehörige
14. B08/264 Tokmakçi Zeki, geb. 1966 und Ehefrau Tokmakçi geb. Tokmakçi Sultan, geb. 1963, mit Kindern Murat, geb. 1993, Fatih, geb. 1995 und Bilal Yakup Hasan, geb. 1999, türkische Staatsangehörige
15. B08/265 Arifi Nijaz, geb. 1973 und Ehefrau Arifi geb. Sabanovic Jasmina, geb. 1975, mit Kindern Danijel, geb. 2001 und Danijela, geb. 2001, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
16. B08/266 Harb Salim, geb. 1962 und Ehefrau Harb geb. Harb Rima, geb. 1969, mit Kindern Abdul Hamid, geb. 1998, Amin, geb. 2001 und Bilal, geb. 2005, libanesischer Staatsangehöriger
17. B08/267 Kesen Mehmet, geb. 1973, mit Kindern Meryem Nur, geb. 2005, und Sura Nur, geb. 2007, türkische Staatsangehörige
18. B08/268 Luzza Matteo, geb. 1963 und Ehefrau Galati Mariangela, geb. 1969, mit Kindern Luzza Assunta, geb. 1996 und Luzza Domenico, geb. 2000, italienische Staatsangehörige
19. B08/269 Ramadani Besnik, geb. 1975, mit Kindern Shkëmbim, geb. 2001 und Albim, geb. 2004, mazedonische Staatsangehörige
20. B08/272 Qehaja Xhevat, geb. 1954 und Ehefrau Qehaja geb. Lecaj Nazlije, geb. 1959, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
21. B08/273 Ahmetaj Halil, geb. 1984, serbischer Staatsangehöriger
22. B08/274 Beber geb. de Brito Oliveira Maria Zenilda, geb. 1966, italienische und brasilianische Staatsangehörige
23. B08/276 De Leus Balas, geb. 1980, philippinischer Staatsangehöriger
24. B08/277 Fareed Bahjat Aws, geb. 1973, irakischer Staatsangehöriger
25. B08/278 Kochler Beate, geb. 1958, deutsche Staatsangehörige

26. B08/279 Miljkovic Slavko, geb. 1964 und Ehefrau Miljkovic geb. Vojinovic Mirjana, geb. 1969, mit Kind Marija, geb. 2000, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
27. B08/280 Murati Suljo, geb. 1960, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
28. B08/281 Sandor Viktoria, geb. 1974, ungarische Staatsangehörige
29. B08/282 Sera Rosario, geb. 1955, italienischer Staatsangehöriger
30. B08/283 Balakumara geb. Logarajah Thabothini, geb. 1973, srilankische Staatsangehörige
31. B08/284 Folie Karl Wilhelm, geb. 1949, italienischer Staatsangehöriger und Ehefrau Folie geb. Jarat Samroeng, geb. 1977, thailändische Staatsangehörige, mit Kindern Jarat Khwancheewa, geb. 2001, thailändische Staatsangehörige, und Folie Patrik, geb. 2003, italienischer Staatsangehöriger
32. B08/286 Nokic Ernad, geb. 1979 mit Kind Dino, geb. 2005, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Ratspräsident W. Langhard begrüsst zur 22. und 23. Sitzung im Amtsjahr 2008/2009. M. Stutz (SD) ist noch immer im Krankenhaus. Ratspräsident W. Langhard wünscht ihm gute Besserung.

Fraktionserklärungen

Alterszentrum Oberwinterthur

W. Badertscher (SVP): Im September 2008 hat die Sachkommission Sicherheit und Soziales (SSK) Stadträtin M. Ingold mit Beobachtungen im Alterszentrum Oberwinterthur konfrontiert. Folgende Beispiele wurden genannt: Mit der Reorganisation sind die Leistungen im Pflegezentrum gesunken, es gibt häufige Personalwechsel, Mitarbeitende werden nicht mehr als Team wahrgenommen, die Freiwilligenarbeit ist massiv gesunken, die Informationen für die Mitarbeitenden und Angehörigen sind mangelhaft, die menschliche Zuneigung fehlt, der Leiter behandelt die Mitarbeitenden von Oben herab, an seinem Führungsstil wird gezweifelt. An der SSK Sitzung vom 22. September 2008 hat die Verwaltung zu diesen Vorwürfen Stellung genommen. Herr Brack hat erklärt, dass er seine Rolle als Leiter der Zentren Oberi, Brühlberg und Rosental sieht. Er erklärt, dass er ein Klima in den Betrieben schaffen wolle in dem sich die Bewohnerinnen und Bewohner würdevoll und respektvoll behandelt fühlen. Auch die Fluktuation habe sich durchaus erfreulich entwickelt, im Vorjahr sei sie noch wesentlich höher gewesen. Auch wenn die Zahlen mit denen der Alterszentren Adlergarten und Neumarkt verglichen würden, seien keine wesentlichen Abweichungen auszumachen. Für einen so grossen Veränderungsprozess seien die Zahlen zwar nicht gerade gut aber durchaus normal. Der aktuelle Pegel zeige wieder Normalität an.

Im Landboten vom 25. März 2009 ist zu lesen: „Ich konnte nicht mehr schlafen, hatte am Morgen Herzklopfen, wenn ich zur Arbeit musste.“ Diese Person will nicht mit Namen genannt werden, weil sie Angst hat, ihre Stelle zu verlieren. Sie bestätigt, dass das Arbeitsklima schlecht ist. Die Leitung des Alters- und Pflegezentrum Oberi sei autoritär, zeige keine Wertschätzung und dulde weder Mitsprache noch Dialog. Die vielen Personalwechsel werden von der Leitung bestätigt. Diese seien aber nicht auf die Zentrumsleitung sondern auf die Leiterin der Wohngruppe zurückzuführen, die in der Zwischenzeit das Zentrum verlassen hat. Im Landboten vom 31. März 2009 ist zu lesen: „Herr Brack versichert, dass die sichere Betreuung und Pflege gewährleistet ist und immer gewährleistet war. Das gilt auch für die betreute Wohngruppe im 5. Stock. Tatsächlich war die Situation aber besonders herausfordernd auf-

grund der vielen Personalwechsel. Bald wird aber wieder Normalität einkehren.“ In einem Leserbrief vom 2. April 2009 steht im Landboten: „Die Pflegequalität hat gelitten.“ Diese Aussage wurde von vielen Leuten bestätigt. Es stellt sich die Frage, wie wieder Normalität einkehren kann – obwohl gemäss Aussage der Verwaltung bereits Normalität herrscht. Wurde die Situation von der Verwaltung falsch eingeschätzt oder beschönigt? Die erhobenen Vorwürfe sind schwer und werden von vielen unterstützt. Es kann sich demnach nicht um eine Lappalie handeln. Zudem sind es exakt die gleichen Vorwürfe, wie sie der Sachkommission weitergeleitet wurden. Im Zentrum stehen Herr Brack und Frau Bossi, das heisst die massgebenden Führungskräfte. Die Frage muss erlaubt sein: Sind hier die richtigen Leute am richtigen Ort? Als SSK Mitglied fühlt sich W. Badertscher hinters Licht geführt. Die SVP fordert von der Departementsleitung konsequentes und rasches Handeln. In dieser Situation kann sich W. Badertscher nicht vorstellen, dass Jugendliche, die wegen Erpressung, Nötigung und Drohung verurteilt wurden ihre Strafe im Alters- und Pflegezentrum Oberi abarbeiten können.

Stadträtin M. Ingold: Es ist hinlänglich bekannt: Die städtischen Alterszentren wurden reorganisiert und die Reorganisation ist seit über einem Jahr abgeschlossen. Seit längerem wird in den neuen Strukturen gearbeitet. Die wichtigsten Ziele sind erreicht – das Ergebnis ist insgesamt positiv. Betroffen von der Reorganisation waren alle Alterszentren vor allem aber das Alterszentrum Oberi. Einige Mitarbeiterinnen konnten mit diesen Veränderungen besser umgehen, andere schlechter. Die meisten Mitarbeitenden haben konstruktiv mitgearbeitet und arbeiten heute engagiert in den neuen Strukturen. Man muss die Mengenverhältnisse sehen und sich fragen, ob das ein Flächenbrand ist oder ob es einzelne Herde sind. In fünf Alterszentren sind 29 Wohngruppen mit ca. 700 Plätzen untergebracht. Personalkonflikte, unterschiedliche Führungsverständnisse und die korrekte Anwendung des Personalstatuts als Leitplanke für alle personellen Fragen gaben und geben immer wieder Anlass für Aussprachen in den dafür bestimmten Gremien. Dass es in einer oder zwei Wohngruppen anhaltende Probleme gibt, muss in diesem Gesamtrahmen gesehen werden. Es wurden aber Massnahmen ergriffen und diese beginnen zu greifen. Man muss aber nicht die ganze Führung auf den Kopf stellen. Der Stadtrat wird ausführlich darüber berichten im Rahmen der Antwort auf die Anfrage von B. Baltensberger (SP) – wahrscheinlich noch diese Woche. Es ist wichtig die Relationen wieder herzustellen. Personalprobleme gibt es wirklich – die kann es aber immer geben, wenn Menschen zusammenarbeiten. Diese Probleme werden auch gelöst. Ob es aber sinnvoll ist, diese öffentlich zu diskutieren, insbesondere wenn die Personen namentlich genannt werden, ist eine andere Frage. Wer solche Leserbriefe schreibt wie letzten Mittwoch, arbeitet gezielt mit ungleich langen Spiessen. Personelle Wäsche kann unkommentiert öffentlich ausgebreitet werden, die andere Seite ist zum Schweigen verpflichtet aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes. Fragwürdig ist, wenn die Qualität der Pflege allgemein in Frage gestellt wird. Was ist die Folge dieser Verallgemeinerung? Verlust des Vertrauens in die ganze Institution, Verunsicherung der Bewohnerinnen und Bewohner und ihrer Angehörigen und Demotivierung des Personals, das überzeugt ist das Beste zu geben. In den Diskussionen zeigt sich, dass die Sorge um das Wohl der betagten Menschen der Anlass für die gestellten Fragen ist. Das ist verständlich. Das hat auch für den Stadtrat höchste Priorität. Was heisst aber beste Betreuung? Hier gibt es unterschiedliche Ansichten. Für den Stadtrat bedeutet das Arbeiten nach den Qualitätsstandards, wie sie für die Pflege gelten, Professionalität, bei der es auch um die notwendige Balance zwischen Nähe und Distanz geht, um die Bewohnerinnen und Bewohner nicht in Abhängigkeiten zu bringen. Das Umfeld einer Wohngruppe kann und darf keine Ersatzfamilie sein. Das war zum Beispiel ein Thema in den besagten Wohngruppen. Gefordert ist auch das Handeln nach ethischen Grundsätzen. Das ist besonders wichtig. Die Pflegenden sollen ihr Handeln am Willen der Bewohnerinnen und Bewohner ausrichten. Dies wirft im Einzelfall immer wieder Fragen auf, wenn etwa Bewohnerinnen und Bewohner die Körperpflege verweigern und die Angehörigen der Meinung sind, dass diese Pflege sein muss. Diese Fragen dürfen nicht automatisch mit dem Personellen verknüpft werden. Heute ist es schwierig genügend Personal zu finden. Es kann deshalb zu Vakanzten und zu temporären Anstellungen kommen. Das war auch in der Wohngruppe, die in den letzten Tagen in den Medien stand, der Fall. Diese Fra-

gen müssen auf personalrechtlicher Ebene gelöst werden. Die städtische Verwaltung kennt dazu entsprechende Verfahren. Weder der Ratssaal noch die Medien sind aber der Ort darüber zu diskutieren. Der Stadtrat wird die interessierten Ratsmitglieder einladen zu einem Treffen mit dem Kader des Alterszentrums. Stadträtin M. Ingold bittet die Ratsmitglieder, den Mitarbeitenden der Alterszentren das Vertrauen, das sie verdienen, auszusprechen und sie arbeiten zu lassen. Vielfach sind es Einzelmeinungen, die Eingang in die Medien finden. Stadträtin M. Ingold bittet die Ratsmitglieder, diese zu relativieren, indem sie sich vor Ort informieren.

Investitionsbudget

Ch. Kern (SVP): Gemäss Medienmitteilung vom 25. März 2009 musste das Gemeindeamt bezüglich des Investitionsbudgets der Stadt Winterthur 2009 aktiv werden. Die SVP-Fraktion begrüsst, dass das kantonale Gemeindeamt die finanzielle Situation der Stadt Winterthur genau verfolgt und wenn nötig die entsprechenden Massnahmen trifft. Das Winterthurer Investitionsprogramm zeugt nicht unbedingt von einer fundierten Planung. Ein Beispiel ist der Kauf einer alten Industriehalle, bei welcher zusätzlich zum Kaufpreis einem privaten Investor noch eine erhebliche Summe bezahlt werden musste, weil dieser ein praktisch baufertiges Projekt erarbeitet hatte. Das Gemeindeamt hat nun den Investitionsbetrag für diese Industriehalle von 1 Million auf 400'000 Franken reduziert. Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass Winterthur in vielen Bereichen mit notwendigen Investitionen im Rückstand ist. In verschiedenen Bereichen, wie Schule und Verkehr, konnte mit dem Bevölkerungswachstum nicht mitgehalten werden. Dies ist ein wichtiger Grund, weshalb Winterthur von der vergangenen Hochkonjunktur nur unterdurchschnittlich profitiert und somit die finanzielle Abhängigkeit vom Kanton nicht reduzieren konnte. In dieser Situation sollte das kantonale Gemeindeamt nicht nur die unnötigen Investitionen streichen sondern auch wichtige nicht geplante Investitionen vom Stadtrat einfordern.

Durch entsprechende Änderungsanträge versuchte die SVP-Fraktion das Budget zu verbessern. Im Beitrag des Landboten vom 26. März 2009 wird vom zuständigen Regierungsrat die Beurteilung der SVP, dass bereits viel früher hätte eingeschritten werden müssen, bestätigt. Zu den Investitionen kann zusammenfassend festgehalten werden, dass der Stadtrat zum Teil die falschen Investitionen budgetiert und diese erst noch schlecht projektiert hat. Aus dieser Erkenntnis muss befürchtet werden, dass auch bei den laufenden Ausgaben nicht haushälterisch mit den finanziellen Mitteln umgegangen wird. Die SVP-Fraktion fordert eine umfassende Analyse, welche nicht nur die Investitionen sondern auch die laufenden Ausgaben der Stadt Winterthur mit einbezieht. Dadurch können finanzielle Mittel für dringende Aufgaben freigesetzt werden.

Stadträtin V. Gick: Die Stadt Winterthur wächst seit Jahren sehr stark. Daher besteht ein sehr grosser Investitionsbedarf. Der Stadtrat muss auch feststellen, dass die Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten zum Teil zu wenig unterhalten wurde. Das zieht relativ grosse Investitionen in den Unterhalt nach sich. Das Gemeindeamt hat kritisiert, dass das Investitionsprogramm zu gross sei und es wurde befürchtet, dass zuviel realisiert werden könnte. Es wurde vom Gemeindeamt aber in keiner Art und Weise moniert, dass unnötige oder falsche Projekte ins Programm aufgenommen worden sind. Der Erwerb der Halle 710 wurde nicht beanstandet. Wenn jetzt die Investitionen in diese Halle gestaffelt werden müssen, dann nur deshalb, weil die Stadt der Realität Rechnung tragen muss, dass nicht alles ins Jahresprogramm 2009 aufgenommen werden kann. Der Stadtrat wird in den nächsten Jahren dafür kämpfen müssen, dass alle notwendigen Investitionen getätigt werden können. Es wäre wunderbar, wenn das Gemeindeamt Investitionen einfordern würde. Es macht aber das Gegenteil und moniert, dass die Stadt Winterthur zuviel Geld ausgibt und streicht wenn immer möglich Investitionen und Ausgaben in der laufenden Rechnung. Man darf solche Äusserungen nicht willkürlich uminterpretieren. Der Stadtrat hat damit zu kämpfen, dass sehr viel investiert werden muss, dass aber die Investitionen Abschreibungen und Verzinsung nach sich ziehen. Der Stadtrat muss sich dafür einsetzen, dass das Gleichgewicht gewahrt bleibt und dass die Abschreibungen und Zinsen in der laufenden Rechnung tragbar sind.

Alterszentrum Oberwinterthur

U. Bründler (CVP): Auch wenn Stadträtin M. Ingold die Situation im Krankenhaus Oberi relativiert hat, möchte sich die CVP dieser Thematik anschliessen, weil sie den Fraktionsmitgliedern am Herzen liegt. Es brennt in Oberi und es ist ein Flächenbrand, der dringend gelöscht werden muss. Die Meldungen über unhaltbare Zustände im Krankenhaus Oberi häufen sich. Auch die Mitglieder der CVP-Fraktion wurden in letzter Zeit telefonisch von Betreuerinnen und Pflegerinnen darauf aufmerksam gemacht. Die kürzlich eingereichte Schriftliche Anfrage der SP, wie auch die Fraktionserklärung der SVP, die kritisch die momentane Situation beschreiben, sind durchaus berechtigt. Für die Pflegenden und für die Bewohnerinnen und Bewohner sind die Bedingungen schlecht. Das stetig wechselnde Personal, der spürbare Unwillen und die schlechte Stimmung sind für alle eine unnötige Belastung und schwer zu ertragen. U. Bründler zitiert aus einer kürzlich erschienenen Zeitungsmeldung: „Die Leitung des Zentrum sei autoritär, zeige keine Wertschätzung und dulde weder Mitsprache noch Dialog.“ Das darf nicht sein. Den Betroffenen muss Gehör geschenkt werden. Die CVP-Fraktion fordert deshalb das zuständige Departement auf sich schnellsten dieser Problematik anzunehmen und nachhaltige Massnahmen zur Verbesserung dieser unhaltbaren Situation zu unternehmen. Die Stadt ist es den betagten Menschen schuldig ihnen an ihrem letzten Wohnort ein Klima der Geborgenheit, der Ruhe und der Fürsorge zu schaffen. Was aber im Moment im Krankenhaus Oberi passiert, hat damit leider noch nichts zu tun

Stadtbahn Winterthur

S. Seitz (SP): Vor einer Woche veröffentlichte der Landbote einen Artikel über eine Stadtbahn Winterthur. Die SP-Fraktion setzt sich für eine Stadtbahn ein. Die Mobilität nimmt laufend zu – das wird wohl niemand bestreiten. Darüber wie diese Mobilitätszunahme bewältigt werden kann, gehen die Meinungen auseinander und es bestehen verschiedene Lösungsansätze. Immer wieder werden die Süd/Ost-Umfahrung und andere riesige Strassenprojekte genannt. Ob diese je realisiert werden können und ob sie nicht einfach Mehrverkehr erzeugen, steht in den Sternen. Mit der Stadtbahn Winterthur hat der Stadtrat einen sehr interessanten Lösungsansatz erneut aufs Tapet gebracht. Auch bei der Stadtbahn Winterthur handelt es sich um ein riesiges Projekt. Die Vorteile einer Stadtbahn sind offensichtlich. 1. Mit einer Stadtbahn ist man im innerstädtischen Bereich schneller unterwegs, als mit jedem anderen Verkehrsmittel. 2. Mit dem Zentrum Hauptbahnhof hat die Stadtbahn die besten Anbindungen. Die Passagiere profitieren von kurzen Umsteigzeiten auf Bus und Zug. 3. Die Gleise bestehen bereits. Sie müssen nur noch genutzt werden. Bei der Stadtbahn Winterthur geht es nicht nur um Umweltpolitik. Sie gehört auch zur Stadtentwicklung. Denn ein schnelles und komfortables Fortbewegungsmittel innerhalb der Stadt steigert die Lebensqualität und ist ein wichtiges Standortargument. Eine Stadtbahn entlastet die Strassen und kommt damit auch dem motorisierten Individualverkehr zugute. Aus diesen Gründen gehört die Stadtbahn Winterthur in die vierte Teilergänzung des S-Bahnnetzes. Die SP bittet den Stadtrat, sich intensiv bei der SBB und dem ZVV für eine Stadtbahn Winterthur einzusetzen.

Stadtrat M. Gfeller dankt im Namen des Stadtrates für die Unterstützung des Projekts. Verschiedene Projekte, die wichtig sind für die Stadt Winterthur, sind zurzeit in Planung. Deshalb ist der Stadtrat froh für die entsprechende Unterstützung – ob für eine Stadtbahn, eine Regional- oder Agglomerationsbahn oder eine Süd/Ost-Umfahrung. Bis zur Realisierung wird es aber ein langer Weg sein. Der Vorteil einer Stadtbahn ist sicher, dass sie in Etappen gebaut werden kann. So kann beispielsweise analysiert werden, ob ein Viertelstundentakt von Wülflingen nach Oberwinterthur möglich wäre und ob das mit dem bestehenden Rollmaterial möglich ist. Stadtrat M. Gfeller warnt davor, zu glauben, dass die Schienen einfach brachliegen und wieder genutzt werden können. Die Sache ist sehr komplex und die SBB werden sich nicht auf die Schnelle eine Lösung aufschwätzen lassen. Der Stadtrat wird sich aber für die Stadtbahn einsetzen und hat bereits am 8. Juni 2009 einen Termin mit dem ZVV vereinbart. Das Projekt wird dabei detaillierter diskutiert und festgemacht in welchen Etappen und mit welchen Teilprojekten das Ziel erreicht werden kann. Der Stadtrat ist grundsätzlich überzeugt, dass der öffentliche Verkehr ein strategisch wichtiges Element für die Stadt Winterthur

ist. Seit mehreren hundert Jahren kann man im Kanton Zürich beobachten, dass die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs die Stadtentwicklung prägt. Diese Entwicklung hat eine grosse Bedeutung. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Glattbahn eine sehr gute Sache ist und er freut sich auch darüber. Es ist aber auch ein Stückweit eine Wettbewerbsverzerrung. Die Stadt Winterthur muss ebenfalls zu den Verkehrselementen kommen, die sie verdient hat. Details kann der Stadtrat noch keine bekannt geben. Er kann aber versichern, dass er mit dem ZVV am Ball bleiben wird.

Persönliche Erklärung

D. Hauser (SP): Im Januar 2001 hat D. Hauser das Präsidium der SP-Fraktion übernommen. Auf Ende des Amtsjahres 2008/2009 wird er das Amt nach gut 8 Jahren abgeben und den Stab einem jüngeren Mitglied der Fraktion übergeben. Die SP-Fraktion hat R. Wirth zum neuen Präsidenten gewählt. D. Hauser wünscht ihm viel Freude und Befriedigung im neuen Amt. Den Mitgliedern der anderen Fraktionen wünscht D. Hauser eine ähnlich gute Zusammenarbeit mit R. Wirth, wie sie D. Hauser erfahren hat. Als Fraktionspräsident war D. Hauser auch Präsident der interfraktionellen Konferenz. Es war ihm immer eine Ehre mit den Präsidentinnen und Präsidenten der anderen Fraktion in diesem Gremium zusammenzuarbeiten. Für diese gute Atmosphäre bedankt sich D. Hauser ganz herzlich. Die Geschäfte vom 18. Mai wird D. Hauser noch vorbereiten und vertreten. R. Wirth wird für Kontinuität in der IFK sorgen. D. Hauser dankt für das Vertrauen, das ihm entgegen gebracht worden ist und das sicher auch R. Wirth erhalten wird.

Mitteilungen

Ratspräsident W. Langhard: Vor zwei Wochen feierte B. Sprenger seinen 60sten Geburtstag. Dazu gratuliert der Ratspräsident ganz herzlich. Heute feiert St. Nyffeler seinen 40sten Geburtstag. Der Ratspräsident gratuliert herzlich zum Geburtstag und wünscht St. Nyffeler alles Gute.

Der Rat gratuliert mit einem Applaus.

Ratspräsident W. Langhard begrüsst die Studentinnen und Studenten der ZHAW. Sie studieren Journalismus und Unternehmenskommunikation. Der Ratspräsident wünscht ihnen einen interessanten Einblick in den Parlamentsalltag.

Dringliche Interpellationen

betreffend privaten Internetgebrauch in der Stadtverwaltung (GGR-Nr. 2009/035)

St. Schär (SVP): Das Internet gehört zum Alltag. In der Arbeitswelt geht praktisch nichts mehr ohne das World Wide Web. Jedoch dient die Internetnutzung nicht immer der Arbeit sondern immer mehr auch dem privaten Vergnügen. Gegen eine mässige Nutzung des Internets zu privaten Zwecken ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Jedoch sollte bei der Auswahl der Internetseiten grösste Vorsicht geboten werden. Auf Seiten wie Facebook beispielsweise werden private Informationen preisgegeben, die nicht zwingen der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten. Deshalb haben einige Unternehmen gewisse Seiten gesperrt. St. Schär sind Äusserungen auf Facebook bekannt, die nicht nur für den User sondern auch für die Stadt Winterthur äusserst bedenklich sind. Diesem Treiben will die SVP nicht mehr länger zusehen. Aus diesem Grund wurde die Interpellation als dringlich deklariert. Weiter gilt zu beachten, dass die private Internetnutzung zu einer erhöhten Netz-

werkbelastung führt, damit werden die anderen Mitarbeiter gebremst. Wenn, wie in der Stadt Zürich, die städtischen Mitarbeiter fünf Mal pro Tag auf die Seiten von Facebook zugreifen und sich noch auf YouTube einen Film anschauen, ist das Netz schnell überlastet. Aus diesen Gründen bittet St. Schär die Ratsmitglieder, die Interpellation als dringlich zu erklären.

Ratspräsident W. Langhard: Für die Dringlichkeitserklärung ist die Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder notwendig.

Es sind 58 Ratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr beträgt 30.

Ratspräsident W. Langhard lässt über die Dringlichkeit der Interpellation abstimmen.

Der Rat: 29 Ratsmitglieder stimmen zu, damit ist die Dringlichkeit abgelehnt

Dringliche Interpellationen betreffend Abholen von Fördergeldern für bauliche Energiemassnahmen an städtischen Liegenschaften (GGR-Nr. 2009/028)

G. Bienz (CVP): Am 19. März 2009 hat die kantonale Baudirektion darüber informiert, dass Bund und Kantone 25 Millionen bereitstellen als Fördergelder zugunsten von baulichen Energiesparmassnahmen. Die Stadt Winterthur ist ebenfalls Eigentümerin von Liegenschaften. Die Baudirektion hat Bedingungen gestellt. Für Projekte, die bereits in der Umsetzungsphase sind dürfen keine Fördergelder beantragt werden. Die Deadline ist Ende 2009. Das ist die Begründung für die Dringlichkeit dieser Interpellation.

Ratspräsident W. Langhard lässt über die Dringlichkeit der Interpellation abstimmen.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit mit grossem Mehr zu.

Stadtrat W. Bossert: Seit längerer Zeit strebt die Stadt bei der Sanierung ihrer Liegenschaften energietechnische Verbesserungen an. In der Vergangenheit ist jeweils abgeklärt worden, ob diese Massnahmen zu Beiträgen aus Förderprogrammen führen können. Bei verschiedenen Projekten konnte die Stadt von Fördergeldern profitieren. Selbstverständlich bemüht sich die Stadt auch um Fördergelder aus dem 25 Millionen starken Energiespartopf von Bund und Kantonen. Die Projektleiter haben den Auftrag bei allen anstehenden Sanierungsarbeiten, bei denen die Anforderungen erfüllt sind, Beitragsgesuche zu stellen. Frage 1: Der Stadtrat kennt die Möglichkeiten, die dieses Förderprogramm für Sanierungen an städtischen Liegenschaften bietet. Frage 2: Das Investitionsprogramm der Stadt beinhaltet genügend Projekte, die auch den Anforderungen an die Subventionsfähigkeit genügen. Mit dem Erhalt von Beiträgen aus diesem Fondertopf, können erfreulicherweise mehr Projekte realisiert werden, ohne die budgetierte Abschreibungsbasis zu strapazieren. Die Projektleiter haben die Aufgabe, subventionsfähige Projekte zu identifizieren. Womöglich werden diese anderen Projekten vorgezogen. Frage 3: Im Voranschlag 2009 findet sich eine lange Liste an Schulhäusern, Kindergärten und Wohnhäusern etc. bei denen eine baldige energietechnische Sanierung angezeigt und vorgesehen ist. Stadtrat W. Bossert verzichtet aber darauf diese Liste vorzulesen.

Ratspräsident W. Langhard stellt fest, dass keine Wortmeldungen mehr eingegangen sind. Damit ist die Interpellation erledigt und abgeschlossen.

1. Traktandum

Protokoll der 16. und 17. Sitzung

Ratspräsident W. Langhard: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Der Ratspräsident stellt den Antrag die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2009/004: Kenntnisnahme des Schlussberichts des Projekts „Haus- haltssanierung 2007 (HS 07)“

J. Würgler (SP): HS 07 ist ein Projekt dessen Stellenwert nicht überschätzt werden kann. Es gibt kaum ein Projekt in dieser Stadtverwaltung das eine so grosse Tragweite hat. Es wurde eine enorme Arbeit geleistet und dafür gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung grosser Dank. Ausgangspunkt für HS 07 war das Sparprogramm win03 bei dem bereits 25 Millionen gespart werden mussten, was beachtlich ist. Das Stichwort heisst: Abnehmen wenn man bereits dünn ist. Alle können sich noch an das grosse schwarze Loch im Budget 2005 erinnern, das nur ausgeglichen werden konnte nachdem die Löhne vorübergehend um 3 % gekürzt wurden und der Steuerfuss um 3 % über das kantonale Maximum angehoben wurde. Diese Massnahmen waren für die Jahre 2005 und 2006 geplant. 2007 konnten dieser Massnahmen aufgehoben werden. Das Budgetdefizit, das für das Jahr 2007 resultierte, betrug 35 Millionen. Diese galt es einzusparen und deshalb heisst das Projekt auch HS 07. Der Stadtrat hat sich die Vorgabe von 35 Millionen nicht selber gegeben – sie waren vorgegeben, weil sie im Budget fehlten. Wie wollte der Stadtrat das Ziel erreichen? Er hat diesen Massnahmenkatalog im Zwischenbericht vom 30. Juni 2006 formuliert der folgende Punkte umfasst: Herstellung der Lastenausgleichsgerechtigkeit mit dem Kanton, Überprüfung der Standards der internen und öffentlichen Leistung zur Auslotung des Sparpotentials, Verbesserung der verfügbaren Mittel durch Erhöhung der Einnahmen in einigen Bereichen. Aus Überlegungen in Bezug auf die Attraktivität der Stadt Winterthur war es tabu die Steuerbelastung zu erhöhen. Auch das allgemeine Gebührenklima sollte nicht angetastet werden. Die Grenzen nach Unten bildeten für den Stadtrat die Gewährleistung des Service Public. J. Würgler schickt voraus, dass Projekte mit dem Kanton im Schlussbericht oft kein befriedigendes Ergebnis erbracht haben. Die Neuverhandlung des Finanzausgleichs ist nicht schlüssig im Bericht und auch die Abgeltung von Leistungen des Kantones zeigen nicht klar auf, was erreicht worden ist oder hätte erreicht werden sollen. Es sind bei beiden Projekten Nullen eingetragen, was bereits viel aussagt.

Viele Projekte waren auch ergebniswirksam. Die Stadtpolizei hat 5 Millionen gespart. Einzig die Bereinigung des Besoldungswesens und die Überarbeitung der Gebührenordnung fehlten noch. Für diese sehr wichtige und grossartige Arbeit – ein Departement das bereits am Anschlag arbeitet spart 5 Millionen. Dafür gebühren dem Departement Sicherheit und Umwelt und Stadtrat M. Künzle ein grosse Rose und eine Flasche Champagner. Das Projekt Metallarbeiterschule Winterthur hat Einsparungen von 1,6 Millionen erbracht. Dieses Projekt zeichnet sich durch eine ausgewogene Opfersymmetrie aus und durch die Generierung von Einnahmen. Bei den städtischen Heimen und der Spitex wurden 1,9 Millionen gespart. Das ist ein beachtliches Ergebnis. J. Würgler versteht die Kritik an den Heimen, die in den Fraktionserklärungen geübt wurden nicht als Kritik an HS 07. Wer lange genug im Rat ist, weiss, dass bereits vor HS 07 Kritik an Heimen und Heimleitungen geübt wurde. Im Rahmen des Projekts Arbeitsintegration wurden 1,2 Millionen gespart. Es handelt sich um ein sehr zukunftsträchtiges Projekt – Stichwort Integration statt Sozialhilfe. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 11,2 Millionen. 0,8 Millionen entfallen auf das Projekt e. Damit sollen Leistungen

vom Kanton abgegolten werden. Einige Projekte sind ohne Budgetwirkung. Retro 2000 hatte die Überprüfung der Querschnittsaufgaben und die Überprüfung der Organisation der Stadtverwaltung zum Ziel. Es handelt sich um ein wichtiges Projekt, das aufzeigt, dass Winterthur über eine effiziente Stadtverwaltung verfügt. Weiter Sparmassnahmen würden einen Leistungsabbau zur Folge haben. Das bedeutet, die Ratsmitglieder müssen sich darüber einig sein, ob sie einen Leistungsabbau wünschen. Es geht nicht, noch mehr zu sparen, ohne die Leistungen zu reduzieren. Das hat sich klar gezeigt. Dem müssen sich die Ratsmitglieder bewusst sein.

Zwei wichtige Projekte stehen noch aus – was schade ist. Die Projekte Fokus mit einem Sparpotential von 2,7 bis 3,5 Millionen und das zentrale Immobilien Management mit einem Sparpotential von 3,8 Millionen sind noch nicht abgeschlossen. Beide Projekte dauern bereits sehr lange und es bestehen doch Zweifel, ob die Zeitdauer für das Sparpotential förderlich ist. In den nächsten Monaten wird sich weisen, was diese Projekte bringen. J. Würgler ist eher skeptisch. Das Projekt mit der höchsten Sparvorgabe, nämlich 20 Millionen, war die Neuverhandlung des Finanzausgleichs (REFA) mit dem Kanton. Gemäss Schlussbericht enthält REFA einen festen Zentrumslastenausgleich für Winterthur von 85 Millionen. Es ist aber bekannt, dass Winterthur in den letzten Jahren bis zu 115 Millionen vom Kanton aus dem Finanzausgleich erhalten hat. Damit fehlen 30 Millionen. Im Budget 2009 sind 110 Millionen Finanzausgleich eingestellt. Es ist zwar richtig, dass die Stadt in der Rechnung 2008 wieder 14,3 Millionen an den Kanton zurückführen musste – nämlich Steuerfussausgleich, den Winterthur nicht beanspruchen kann, weil die Stadt gut gewirtschaftet hat. Aber auch 2009 fehlen 15,7 Millionen.

Es waren nicht allein die HS 07 Massnahmen, die Winterthur 2007 und 2008 ausgeglichene Rechnungen beschert haben sondern auch die gute Wirtschaftslage und das gute Steueraufkommen. Alle wissen, dass 2010 und 2011 wirtschaftlich schwierige Jahre bevorstehen. Wie viele Millionen werden fehlen, wenn das Steueraufkommen sinkt? Der Schlussbericht zeigt auf, was die Stadt von der Reform des Finanzausgleiches und vom Kanton erwarten kann. Wenn der Stadtrat 20 Millionen vom Kanton will, muss man sich fragen, wie kommt die Stadt zu diesem Geld. Es nützt nichts, wenn die Finanzvorsteherin in der Aufsichtskommission beteuert, sie werde zu ihrem Geld kommen. Das ist im Bericht nicht schlüssig zu lesen. Es fehlt an Klarheit auch bezüglich der 7 Millionen aus dem Polizeiorganisationsgesetz. Was sind die nächsten Massnahmen? Warum erhält die Stadt diese 7 Millionen nicht, die der Kanton der Stadt Winterthur schuldet für polizeiliche Leistungen? Der Gemeinderat muss hier Klarheit haben. Von der Aufgabenteilung her ist es klar. Der Stadtrat hat ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Die SP will aber keine Feuerwehrübung mehr, wie das 2005 der Fall war. Die damals ergriffenen Massnahmen wollen die wenigsten Ratsmitglieder erneut mittragen. J. Würgler wird nie mehr zu solchen Massnahmen Ja sagen. Deshalb will er wissen, wie das Loch von 30 Millionen gefüllt werden kann. Der Gemeinderat kann sich aber am erreichten freuen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken. Die Aufsichtskommission beantragt mit 5 zu 5 Stimmen die Kenntnisnahme im zustimmenden Sinne. Der Rat kann Kenntnis nehmen in welchem Sinne auch immer, die Stunde der Wahrheit wird ihn spätestens beim Budget 2010 und allerspätestens beim Budget 2011 einholen.

R. Werren (FDP): Die FDP anerkennt die Leistungen der Stadt bezüglich dieser Haushaltsanierung 07. Der Stadtrat hat die Aufsichtskommission regelmässig über den Stand der Sanierung informiert. Die Einsparungen mit 11 Millionen zu Buche. Dies entspricht rund einem Drittel der vorausgesagten möglichen Einsparungen von 35,7 Millionen. Über das Projekt Fokus schreibt der Stadtrat, dass er den Puck in Bezug auf die Höhe der Einsparungen dem Gemeinderat zuschieben will. Die FDP erwartet vom Stadtrat, dass er weitere Gespräche führen wird, um höhere Abgeltungen vom Kanton zu erhalten, vor allem, weil die Stadt im polizeilichen Bereich mehr Aufgaben vom Kanton übernehmen muss. Es kann nicht sein, dass der Kanton diese Leistungen nicht genügend abgeltet will. Hier müssen auch die Winterthurer Kantonsräte mit einbezogen werden. Im Beschaffungswesen scheint das Outsourcing der Materialverwaltung noch immer nicht möglich – was die FDP nicht verstehen kann. Das Resultat der im Bericht erwähnten Spezialuntersuchung würde die FDP-Fraktion interessieren. Gemäss diesem Bericht, der weder von der Aufsichtskommission noch vom Ge-

meinderat eingesehen werden konnte, ist es ausgeschlossen die Materialverwaltung auszugliedern. Die FDP ist nach wie vor überzeugt, dass das problemlos machbar wäre. Die FDP will wissen, ob die Ausführungen auf Seite 15 des Berichts – Überprüfung des Beschaffungswesens, Finanzielle Auswirkungen – eine Ausweitung der Materialverwaltung beinhalten. Das Projekt Retro schien eine wichtige Ergänzung zum Projekt HS 07 zu sein. Es wurde aber nicht weiterverfolgt. Die Berater-Firma Pricewaterhouse-Coopers AG kam zum Schluss, dass die Entwicklung der Personal- und Sachkosten von 2000 bis 2005 eine hohe Plausibilität aufweist. Der Stadtrat hat deshalb 2006 das Projekt Retro abgeschlossen. Die FDP ist der Meinung, dass externe Firmen in Verwaltungen eher Sparmassnahmen erkennen können, als die Verwaltung selber.

Fazit der Haushaltsanierung aus Sicht der FDP: Die finanziellen Ziele wurden klar nicht erreicht. Ein Umdenken ist aber in der Stadtverwaltung erfolgt – das ist positiv zu bewerten. Soweit das beurteilt werden kann, befindet sich die Stadt auf der Zielgeraden. Die Stadt soll die Projekte weiterhin bearbeiten. Die FDP erkennt aber die Schwierigkeit, alle Projekte gleichzeitig umzusetzen. Kaum eine Unternehmung würde eine so grosse Anzahl Projekte gleichzeitig in Angriff nehmen. Langfristig ist die Weiterbearbeitung der Projekte aber sinnvoll. Die Beibehaltung der Ideenbörse ist zu befürworten. Immerhin konnten durch Vorschläge der Mitarbeitenden 2 Stellen eingespart werden. Das ist beachtenswerter Erfolg. Die FDP ist anlässlich der Budgetdebatte mit dem Antrag zur Reduzierung der 65 neu geschaffenen Stellen im Rat gescheitert. Die FDP möchte wissen wie hoch die internen Kosten des gesamten Projekts sind und wie viel für die externen Beratungsfirmen ausgegeben wurde. Die FDP erwartet weitere langfristige Einsparungen und laufende Informationen. Die finanzielle Situation der Stadt lässt nichts anderes zu. R. Werren dankt allen Beteiligten – vor allem dem Finanzdepartement für die Koordination. Die FDP nimmt diesen Bericht zur Kenntnis – in Anbetracht der nicht erreichten Zielvorgaben kann der Bericht nur im kritischen Sinne zur Kenntnis genommen werden. Was das auch immer heisst.

U. Bründler (CVP): Dass ein Schlussbericht ein Schlussbericht sein kann, obwohl noch drei Projekte offen sind, hat die CVP erstaunt. Doch es ist so, und da offensichtlich die noch nicht abgeschlossenen Projekte noch etwas Zeit zur Umsetzung brauchen, ist es gut, erstmal einen Zwischenbericht in Händen zu halten. Die Leistung der Stadtverwaltung ist gut, aber ohne sie schmälern zu wollen, ist sie dennoch nicht ganz befriedigend. Die CVP-Fraktion hat etwas mehr erwartet. Ein Sparvolumen von jährlich 11,1 Millionen, ist gut, obwohl ursprünglich von mehr als 30 Millionen jährlich die Rede war. Doch dort, wo U. Bründler aufgewachsen ist, sagt man in solchen Fällen „s'isch all da“.

Dass die gesteckten Ziele eine hohe Hürde überspringen mussten, war zum vornherein klar. Nun ist ein Drittel des erhofften Sparvolumens erreicht, immerhin. Die ganze Stadtverwaltung musste und muss ein Effort leisten, damit diese 11 Millionen zustande kamen. Effizienz, Verzicht, Loyalität zum Betrieb und Verlässlichkeit haben zu diesem Resultat geführt, und dafür bedankt sich die CVP-Fraktion. Kompliment dem Steueramt, das heute mit dem gleichen Globalbudget die doppelte Arbeit leistet. Doch haben alle Organisationseinheiten das Nötige dazu beigetragen, was einen beachtlichen Aufwand mit sich gebracht hat und noch bringen wird. Auf die einzelnen Projekt möchte die Fraktion nicht eingehen, nur soviel, bei der Überprüfung des Beschaffungswesens konnten keine Resultate erzielt werden, das heisst, dass ein Outsourcing der Materialverwaltung, obwohl Sachverständige anderer Ansicht sind, nochmals überprüft werden muss. Der Prozess von HS 07 ist aber damit nicht abgeschlossen. Die erzielten Einsparungen müssen akribisch weiterverfolgt werden. Denn die momentane unsichere Wirtschaftslage wird sich mit Garantie auch in Winterthur bemerkbar machen. Die CVP-Fraktion nimmt – etwas schmallend – aber im positiven Sinne Kenntnis vom Schlussbericht des Projekts HS 07.

R. Isler (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die riesige Arbeit und anerkennt, dass der Stadtrat 2004 Massnahmen ergriffen hat. Weiter anerkennt die Fraktion die Tatsache, dass der Stadtrat leider oftmals keinen Einfluss nehmen kann, wenn das Parlament – vor allem die Links/Grüne Mehrheit – Kosten generiert, die jährlich wiederkehren. Damit ist der Spareffekt letztendlich klein. Es geht aber um eine Haushaltsanierung. Im Gegensatz

zum Stadtrat, der für externe Beratungen 2 Millionen ausgegeben hat, hat sich die SVP-Fraktion durch zwei Fachleute von der Universität Zürich aufklären lassen. Man ist nicht erstaunt, dass in Anbetracht des vorliegenden Berichts, nicht wirklich von einer Sanierung gesprochen werden kann. Die Vorgaben hat der Gesamstadtrat festgelegt, nämlich 35,7 Millionen. Das Ergebnis beläuft sich auf 0,9 % des Gesamtaufwands. Fachleute fragen sich, wie eine Sanierung gemacht werden kann, ohne dass alle Departemente involviert werden. Eine Teuerung trifft alle. Eine Sanierung sollte ebenfalls alle treffen. Über 50 % der Einsparungen hat ein Amt geleistet – nämlich die Stadtpolizei Winterthur. Auch wenn diese zum Teil durch erhöhte Gebühren und Einnahmen kompensiert wurden. Gemäss Fachleuten der Universität Zürich sind für eine Haushaltsanierung folgende Formulierungen nicht nachvollziehbar: Keine Einsparungen möglich, Einsparungen zu gering, nicht bezifferbar. Das hätte ausgedeutet werden können mit: Ich will nicht, ich kann nicht, es würde schmerzen. Dieses Feedback zeigt, dass derjenige, der sich am meisten wehrt, auch mehr erhält. Somit hat HS 07 nicht den gewünschten Effekt gebracht. Getreu dem Motto auch wenig ist etwas, anerkennt die SVP, dass 11 Millionen nicht nichts sind. Eine Sanierung ist das aber nicht. Deshalb ist ein Vorstoss in dieser Richtung bereits unterwegs. Eventuell müsste sich der Stadtrat den Vorwurf gefallen lassen, dass der Schlussbericht zu früh vorgelegt wurde. Auf Ende 2009 spätestens Ende 2010 wird ein Unwetter auch über Winterthur hereinbrechen. Die Wolken sind schwarz. Als Kommune und letztes Glied in der Finanzkette muss die Stadt Winterthur Kreide essen, weil auch der Kanton den Gürtel enger schnallen muss. Dann wird auch der Finanzausgleich geringer ausfallen, als die Optimisten das wahr haben wollen. Wehret den Anfängen. Die Stadt wird früher oder später den Haushalt tatsächlich sanieren müssen. Deshalb ist es unumgänglich so bald als möglich Prioritäten zu setzen. Zum Teil scheinen die Investitionen nach dem Motto, der stärkere gewinnt, getätigt zu werden. Prioritäten setzen heisst auch, sich zusammzusetzen und das absolut notwendige vom wünschenswerten zu trennen. Die SVP nimmt den Schlussbericht des Projekts Haushaltsanierung 07 im negativen Sinn zur Kenntnis. R. Isler bittet im Namen der Fraktion die Departementsvorsteherinnen und Vorsteher ihren Mitarbeitenden einen Dank auszusprechen.

D. Schraft (Grüne/AL): Im Antrag schreibt der Stadtrat, dass das Gesamtvorhaben HS 07 erfolgreich abgeschlossen worden ist und dass das finanzielle Ergebnis erfreulich ist. Die Grüne/AL-Fraktion kann sich dieser Ansicht nur zum Teil anschliessen. Ganz so optimistisch und erfreulich sieht die Fraktion dieses Ergebnis nicht. Die Wortwahl „erfolgreich“ und „erfreulich“ ist etwas schönrednerisch und verleitet dazu, zu glauben, dass das Ziel erreicht oder gar übertroffen worden ist. Das ist nicht der Fall. Im Herbst 2004 ist man davon ausgegangen, dass das Defizit für das Jahr 2007 35 Millionen betragen wird. Genau das sollte mit diesem Projekt vermieden werden. Aber die 35,7 Millionen waren ein ehrgeiziges Ziel, vor allem weil zur Bedingung gemacht worden ist, dass die Leistungen nicht abgebaut werden dürfen. Das ist für die Grüne/AL-Fraktion ganz wichtig.

Es war schnell klar, dass Einsparungen von 35,7 Millionen nur dann erreicht werden können, wenn alles perfekt läuft. Die Erfahrung zeigt, dass das unwahrscheinlich ist. Deshalb war es keine Überraschung das „nur“ 11,1 Millionen eingespart werden konnten. Die externen Kosten von 2 Millionen führen immerhin zu jährlich 11,1 Millionen Einsparungen. Das ist kein schlechtes Verhältnis. Die Winterthurer Verwaltung arbeitet sehr effizient. Das zeigen Vergleiche. Weiter Einsparungen sind sicher möglich. Der Weg dazu liegt sicher auch in der Ermittlung der Gestehungskosten der einzelnen Produkte. Dass der Schlussbericht jetzt vorgelegt wird, ist sinnvoll. Das Projektmanagement war erfolgreich und die meisten Projekte sind abgeschlossen. Es macht deshalb keinen Sinn zu warten bis zum Beispiel auch Fokus abgeschlossen ist. In der heutigen wirtschaftlichen Lage warnt die Grüne/AL-Fraktion ausdrücklich vor einer Sparhysterie. Gerade jetzt ist es wichtig, dass die Stadt Anreize für Investitionen schafft. Winterthur hat sich in den letzten Jahren den Ruf aufgebaut mehr zu sein, als nur eine Industriestadt. Sich einen Ruf aufzubauen ist viel schwieriger, als ihn zu verlieren. Die Investitionen, die jetzt ermöglicht werden, werden sich auf lange Sicht rentieren. Die Grüne/AL-Fraktion nimmt im zustimmenden Sinne Kenntnis vom Schlussbericht.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für diesen äusserst kurzen Bericht. Auf lediglich 42 Seiten lobt der Stadtrat das Erfolgsergebnis den Stadthaushalt um 11,1 Millionen verbessert zu haben. Das macht also pro Seite des Berichts 275'000 Franken Einsparungen auf doppelseitig bedrucktem Recycling-Papier. Damit ist der Bericht sogar ökologisch optimiert. Auch die EVP/EDU/GLP-Fraktion nimmt diese Leistung zur Kenntnis. Im Wesentlichen konnte diese Einssprungserfolge in den Departementen DSU und DSS realisiert werden. Diese Departemente haben den grössten Teil der Ergebnisverbesserung erbracht. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion ist kein Freund langer Berichte aber für einmal ist der Bericht zu kurz. Die Fraktionsmitglieder hätten sich über einen Bericht von 132 Seiten gefreut und hätten die fehlenden 90 Seiten mit Genuss gelesen. Insgesamt anerkennt die EVP/EDU/GLP-Fraktion dass sich der Stadtrat mit der Ergebnisverbesserung von 35,7 Millionen ein ehrgeiziges strategisches Ziel gesetzt hat. Man könnte sich jetzt auf die Details des Berichtes einlassen und auf eine Diskussion, warum nicht überall Ergebnisverbesserungen realisiert werden konnten.

Eines hat die EVP/EDU/GLP-Fraktion aus der letzten Debatte gelernt, als Gemeinderat einer Stadt mit Wirkungsorientierter Verwaltung muss man strategisch denken und Stadtrat und Verwaltung durch Zielsetzungen führen. Dazu hat sich die EVP/EDU/GLP-Fraktion folgende Überlegungen gemacht: 1. Von den 35,7 Millionen hat der Stadtrat nicht einmal 60 % beziehungsweise 21 Millionen erreicht, die in der Schule notwendig wären, um das Prädikat genügend – beziehungsweise die Note 4 – zu erhalten. 11,1 Millionen von 35,7 Millionen ergeben eine Note zwischen 2 und 3. 2. Bei lediglich 31,6 % aller Projekte resultiert eine Ergebnisverbesserung. 3. Von den 19 gestarteten Projekten hat der Stadtrat bei 8 Projekten oder 42,2 % die Ziele erreicht. 4. Insgesamt hat der Stadtrat seine Ziele klar verfehlt. Von der angestrebten Ergebnisverbesserung von 35,7 Millionen konnten lediglich 11,1 Millionen realisiert werden. 5. Der Stadtrat beantragt, dass der Gemeinderat den Bericht zustimmend zur Kenntnis nimmt. In der gleichen Weisung schreibt der Stadtrat, dass wesentliche Projekte noch nicht abgeschlossen sind. Die Fraktionsmitglieder sind sich bewusst, dass eine Ergebnisverbesserung nur schwer zu erreichen ist. Dem Stadtrat wird auch Anerkennung gezollt, weil er sich ein ehrgeiziges und klar überprüfbares Ziel gesetzt hat. Damit hat er in Bezug auf die Methodik einen klaren Benchmark gesetzt. Trotzdem hat er sein eigentliches Ziel – die Ergebnisverbesserung um 35,7 Millionen – bei weitem verfehlt. Zu guter letzt handelt es sich beim vorliegenden Schlussbericht nicht um einen Schlussbericht. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion wird deshalb den Schlussbericht nicht im zustimmenden Sinn zur Kenntnis nehmen.

Y. Beutler (SP): Als erstes ist Y. Beutler gespannt auf das Abstimmungsverfahren – der Bericht wurde bisher kritisch, ablehnend, nur zur Kenntnis und zustimmend zur Kenntnis genommen. Die SP-Fraktion wird den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. HS 07 war ein Erfolg, auch wenn das ursprüngliche Ziel von 35,7 Millionen bisher erst zu einem Drittel erreicht werden konnte. Die 35,7 Millionen hat sich der Stadtrat nicht freiwillig zum Ziel gesetzt. Sie haben dem aktuellen Stand des Irrtums im Herbst 2004 entsprochen. Man ging von einer markant schlechteren Wirtschaftsentwicklung aus, hat höhere Zinsen erwartet und eine massive Teuerung. Die Entwicklung in den vergangenen 2 bis 3 Jahren war aber besser als angenommen. Man konnte im Herbst 2004 nicht einfach eine fette Henne schlachten und ausnehmen, weil der Hühnerstall bereits fast leer war. Dafür sind 11,1 Millionen ein gutes Resultat. R. Isler hätte den Fachleuten von der Universität Zürich erklären müssen, dass mit win03 vor HS 07 bereits ein Sparprogramm durchgeführt worden ist mit 93 Einzelmassnahmen. Das Departement Sicherheit hat im Rahmen von win03 mit 2,7 Millionen einen eher bescheidenen Beitrag geleistet im Vergleich zum Departement Soziales, das 8,1 Millionen beigetragen hat und mit HS 07 erneut einen namhaften Beitrag geleistet hat. Auch das Departement Finanzen hat 6,2 Millionen eingespart. Zudem können die Bibliotheken nicht einfach Bussen eintreiben, um das Resultat zu verbessern. Der Einsatz der verschiedenen Departemente muss in den richtigen Relationen gesehen werden.

Wichtig ist, dass auch nach dem Schlussbericht die drei Projekte, die noch offen sind, weiterverfolgt und erfolgreich abgeschlossen werden können. Y. Beutler hofft, dass auch die Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Parteien mithelfen, dass die Reform des Finanzausgleichs (REFA) erfolgreich abgeschlossen werden kann. Sparen hat seinen Preis. Man

kann davon ausgehen, dass die Probleme im Bereich Alter und Pflege nicht allein auf HS 07 zurückzuführen sind. Dieses Departement war – wie bereits erwähnt – von win03 stark betroffen. Wenn jetzt noch weiter gespart werden soll, muss die Stadt Leistungen abbauen. Y. Beutler ist gespannt, wer kurz vor den Wahlen konkrete Vorschläge zur Reduktion von Leistungen unterbreiten wird. Die Projektorganisation war vorbildlich. Es war wichtig, dass punktuell externe Fachkräfte beigezogen wurden und nicht einfach die eigene Kapazität hochgefahren wurde. Ganz besonders lobenswert ist auch die Kommunikation. Laufend wurde mit dem HS 07 News Letter über Neuerungen informiert. Wer im Rahmen der Budgetdebatte 2009 als grösster Sparerfolg die Versenkung des API-Balls für das Schwimmbad Geiselweid für 140'000 Franken verbuchen kann, sollte etwas zurückhaltender sein und sich nicht als Sparapostel profilieren.

R. Isler (SVP): Einmal mehr stellt R. Isler fest, dass die Vizepräsidentin vermutlich mit der Akustik Probleme hat. Er hat erklärt, dass das DSU rund 50 % der Einsparungen geleistet hat. Auch wenn gegen den Willen der SVP einen Teil des Betrages durch Bussen und Gebühren generiert wurde. R. Isler stellt fest, dass die SP nicht sparen will. Das sollen die Fraktionsmitglieder klar darlegen. Seit dem letzten Novemberbrief wurden ca. 100 Millionen ausgegeben. Der Gesamtaufwand der Stadt beträgt 1,2 Milliarden. Da kann niemand sagen, dass 11,1 Millionen Einsparungen die Stadtverwaltung an die Wand fahren. Das glaubt niemand im Ernst – handelt es sich bei diesem Betrag nicht einmal um 1 % des Budgets. Keine Familie mit einem Einkommen von beispielsweise 6'000 Franken im Monat, wird sich über Einsparungen von 60 Franken im Monat den Kopf zerbrechen. Die Einsparungen von 11,1 Millionen sind möglich, ohne dass es die Bürgerinnen und Bürger spüren. Verteilt auf die Departemente sind das nur Brotsamen.

Y. Beutler (SP): Die Stadt ist etwas anders konzipiert als eine Familie. Die Stadt hat gesetzliche Aufgaben zu erfüllen, die den grössten Teil der Einnahmen auffressen. Wenn die internen Verrechnungen noch abgezogen werden, wird es plötzlich schwierig von dem Wenigen, das die Stadt beeinflussen kann, noch viel einzusparen ohne Leistungen abzubauen. Wenn das aber so einfach ist, dann ist Y. Beutler auf die konkreten Vorschläge gespannt.

H. Iseli (EVP/EDU/GLP): So Unrecht hat Y. Beutler nicht. Der Stadt bleibt relativ wenig Spielraum zum Sparen, weil sie sehr viele Auflagen erfüllen muss. Das heisst noch lange nicht, dass man sich mit der Note 4 begnügen sollte. Die Stadträtinnen und Stadträte würden ihren Kindern für die Note 4 auch nicht applaudieren. Die Note 4 ist genügend. Erreicht hat der Stadtrat aber nicht einmal die Hälfte der Note 4. H. Iseli hört immer wieder die Verwaltung in Winterthur ist rank und schlank – das ist aber Ansichtssache. Man kann überall noch etwas herausholen. Von der linken Ratsseite ist zu hören, dass investiert und Anreize geschaffen werden müssen – unabhängig davon, wie die Zahlen aussehen. Sie werfen das Geld hinaus, ob die Stadt genügend Geld hat oder nicht. Jetzt Anreize schaffen für Investitionen ist gut. Aber man muss es auf der richtigen Seite machen. Es ist gesagt worden, Investitionen haben hohe Folgekosten. Es ist schade, dass deshalb persönliche Angriffe lanciert werden. Im Gemeinderat gibt es eine rechte und eine linke Seite und eine Mitte. Die Rechte ist eher dagegen und die Linke nimmt ihren Stadtrat in Schutz. Fakt ist, die Leistung ist nicht genügend.

D. Hauser (SP): Es gibt sicher eine Wahrheit und das ist die, dass es der Mitte/Links Stadtrat in 6 Jahren geschafft hat, die Lebensqualität in der Stadt wesentlich zu verbessern, die Wartefrist für einen Pflegeplatz sind gesenkt worden und Tagesschulen wurden eingeführt. Das sind alles Werte, die geschaffen worden sind. Der gleiche Stadtrat hat in den letzten 3 Jahren ca. 50 Millionen Nettoschulden abgebaut. Niemand kann im Ernst behaupten, der Stadtrat schaffe es nicht die Finanzen im Griff zu behalten. Das ist eine Legende, die kolporiert wird. Mit HS 07 wurde mit vielem aufgeräumt, das seit Jahrzehnte aufgebaut worden ist. Die Stadtregierung hat vor 6 Jahren eine Katastrophe übernommen von der rechten Regierung. Die Mitte/Links Regierung hat es geschafft die Finanzen in den Griff zubekommen, ein HS 07 Programm umzusetzen und jährlich 11,1 Millionen zu sparen. Als ob das nichts wäre.

Man kann sich auch darüber lustig machen. Aber 11,1 Millionen sind 11,1 Millionen. Wenn die Rede davon ist, dass nur ein Drittel erreicht worden ist, wird vergessen, dass 60 % die Reorganisation des Finanzausgleichs betreffen. Es wird auch unter den Tisch gewischt, dass man vor vier Jahren wesentlich weiter gekommen wäre, wenn im Kantonsrat eine Mehrheit für einen besseren Steuerkraftausgleich gestimmt hätte. Es haben wenige Stimmen gefehlt – unter anderem auch die von Ratsmitgliedern. Das eigentliche Problem ist REFA. Wenn versucht wird, den Stadtrat klein zu reden, werden diese Probleme nicht gelöst. Wenn die Ratsmitglieder aber zu den Kolleginnen und Kollegen im Kantonsrat Kontakt aufnehmen und sich dafür einsetzen das REFA umgesetzt wird, können Verbesserungen erreicht werden. Die Stadt braucht diese Reform bis spätestens 2011, weil es dann ganz schwierig werden wird mit dem Steuerkraftausgleich. D. Hauser bittet die Ratsmitglieder, sich dafür einzusetzen, dass der Finanzausgleich kommt und zwar so schnell wie möglich.

St. Fritschi (FDP): Was D. Hauser gesagt hat, stammt aus einer tiefen Schublade. Die letzten Jahre war es einfach für den Stadtrat gute Finanzen zu hinterlassen. Steigende Steuereinnahmen, mehr Gebühren und eine Konjunkturlage, die zugunsten der Stadtfinanzen ausgefallen ist, haben es der Stadtregierung einfach gemacht. Wenn jetzt generell erklärt wird, dass die vorherige Regierung katastrophal gewirtschaftet hat, ist das eine freche Anschuldigung und eine unzulässige Vereinfachung.

P. Rütimann (FDP): Die grossen Worte sind vor allem von D. Hauser gekommen. Wenn er jetzt sagt: „Wir haben gespart“. War das wirklich die SP, die beim letzten Budget gespart hat? Wer hat denn genau gespart? Der Stadtrat hat 11,1 Millionen eingespart. P. Rütimann fragt sich, ob die Stadtratswahlen auf den nächsten Sonntag vorverlegt werden und deshalb unbedingt eine Brandrede gehalten werden muss. HS 07 war zudem ein Programm, das Stadt- und Gemeinderat gemeinsam beschlossen haben. Die einen haben zugestimmt, den Steuersatz 3 % über dem Maximum festzusetzen und die Mitarbeitenden der Stadt haben auf 3 % Lohn verzichtet. Die verschiedenen Projekte wurden diskutiert und vom Gemeinderat gutgeheissen. Man kann mehr oder weniger zufrieden sein. Eine Brandrede ist aber fehl am Platz. Es geht nur darum festzustellen, welche Ziele erreicht wurden und welche nicht. Es sollte ein Ansporn sein auch in nächster Zeit, wenn es finanziell wieder enger wird, gute Arbeit zu leisten und zu prüfen welche Massnahmen möglich sind und welche nicht.

Ch. Kern (FDP): D. Hauser hat speziell den Schuldenabbau angesprochen. Er hat dabei vergessen zu erwähnen, dass der Stadtrat wesentliche Teile seiner Liegenschaften und Areale verkauft hat. Das hat einiges an Einnahmen generiert und hat das Budget beziehungsweise die Rechnung gerettet. Von den sogenannten Ersparnissen sind mehr als ein Drittel Mehreinnahmen. Da kann kaum von einem Sparprogramm gesprochen werden. D. Hauser hat die Verbesserungen, die man spüren soll, sehr gelobt. Davon merkt Ch. Kern nichts. Sie braucht aber Gott sei Dank keinen Pflegeplatz, betreut ihr Kinder selber und auf Velowege kann sie auch verzichten, weil sie Auto fährt. In verschiedener Hinsicht haben Verschlechterungen stattgefunden vor allem was die Verkehrssituation anbelangt. Viele Investitionen wurden gegen den Willen der SVP getätigt – zum Beispiel die 8,5 Millionen für das Schloss Wülflingen. Auch die aktuelle Traktandenliste zeigt, dass allein für die Projektierung für die Umnutzung der Liegenschaft Schöntal 975'000 Franken ausgegeben werden sollen und für die Projektierung des neuen Unterwerks Neuwiesen 850'000 Franken. Diese Kosten betreffen allein die Projektierung. Wenn man das Budget genau anschaut, muss man feststellen, dass sehr viel projektiert und letztlich nicht umgesetzt wird. Da wird viel Geld hinausgeworfen. D. Hauser hat ein grosses Theater aufgeführt – aber unter dem Strich geht es der Stadt nicht besser und nicht schlechter als vor einigen Jahren.

U. Bründler (CVP): Die Brandrede von D. Hauser ist auch der CVP sauer aufgestossen. Die CVP-Fraktion lehnt nicht generell alles ab was Kosten verursacht, noch nimmt sie einfach alles an. Die Fraktion prüft jedes Geschäft intensiv und urteilt selektiv. Die CVP erwartet deshalb auch von der SP ein konstruktives Urteil – kritisch darf es sein, aber konstruktiv.

J. Würgler (SP): Im Schlussbericht steht richtigerweise, dass es eine politische Frage ist, wie gespart werden soll. Wenn man diese Frage – wie gespart werden soll – nicht auf die entsprechenden Themen verschiebt sondern sich mit dem Schlussbericht beschäftigt, stellt man fest, dass die SP eine klare Stellungnahme abgegeben hat und die stimmt durchaus. Die SP war immer dagegen, das Tafelsilber zu verkaufen. Dafür hat sich die Fraktion stark gemacht und aufgezeigt, dass der Verkauf verheerende Konsequenzen hat, weil der Kanton beim Steuerfussausgleich wieder Abzüge macht. Es war in den letzten 7 Jahren kein Zuckerschlecken im Gemeinderat die Sparübungen mitzumachen. St. Fritschi hat offenbar eine sehr einfache Optik, die er überprüfen sollte, wenn er in den Wahlkampf einsteigen will, der offenbar im Gemeinderat eröffnet worden ist. Im Schlussbericht von HS 07 vermisst J. Würgler die klare Aussage, was die Stadt vom Kanton erwarten kann. Das ist entscheidend. Vielleicht kann Stadträtin V. Gick das erklären. Es geht nicht darum, dass nicht 35,7 Millionen gespart werden konnten. J. Würgler möchte aber eine Erklärung, warum die Stadt diese 35,7 Millionen nicht braucht und warum sie nicht kommen.

Stadträtin V. Gick dankt für die engagierte, lebhaft und emotionale Diskussion. Es war nicht anders zu erwarten. Ein Sanierungsprojekt ist kein Vergnügen sondern eine grosse Herausforderung. Im Herbst 2004 war die Finanzlage der Stadt Winterthur prekär. Die Tinte auf den Dokumenten von win03 war noch nicht trocken, als bereits klar wurde, dass sich bis zum Jahr 2007 eine Finanzlücke von 35 Millionen auftun wird. Das hat der Stadtrat kommuniziert. Deshalb musste ein Sanierungsprojekt gestartet werden. Von Anfang an hat der Stadtrat darüber informiert, dass die Stadt das nicht allein kann. Deshalb er auch nicht geplant 35 Millionen einzusparen. Das Gesetz schreibt einen grossen Teil der städtischen Leistungen vor. In dieser Hinsicht besteht kein Spielraum. Dem Stadtrat war trotzdem klar, dass möglichst viel gespart werden muss.

HS 07 ist ein Projekt mit 19 Teilprojekten. Dazu benötigt man eine ausgeklügelte Organisation. Der Stadtrat hat deshalb eine Gesamtleitung etabliert, die mit einer externen Begleitung verstärkt wurde. Alle Teilprojekte mussten 3 bis 4 Mal pro Jahr den Fortschritt rapportieren. Die Vorschläge der Teilprojektleitungen wurden jeweils intensiv diskutiert. Diese Berichte wurden in einem Bericht zusammengefasst. Die Anträge der Teilprojektleitungen wurden – manchmal auch mit abweichenden Anträgen der Gesamtleitung – in den Stadtrat gebracht. Der Stadtrat hat daraufhin die notwendigen Beschlüsse gefasst. Der Aufwand war sehr hoch. Im Rat hat ein Votant ausgerechnet, dass der Stadtrat ca. 275'000 Franken pro Seite realisiert hat. Im Büro von Stadträtin V. Gick stehen aber 5 Ordner zu HS 07. Jetzt sind alle Projekte bearbeitet – ausser den drei grossen, die weitergeführt werden. Es handelt sich um die Reform des Finanzausgleichs, um Fokus und um CIM. Um diese drei Projekte weiterzuführen braucht es diese grosse und aufwändige Organisation nicht. Deshalb hat der Stadtrat entschieden HS 07 abzuschliessen. Alle Projekte, die im Rahmen von HS 07 eine Verbesserung erreicht haben, sind jetzt abgeschlossen. 6 Projekte haben 11,1 Millionen wiederkehrende Kosten eingespart. Untersuchungen haben gezeigt, dass Einsparungen nicht überall möglich sind. So wurde zum Beispiel die zentrale Fahrzeugbeschaffung genau geprüft und man hat festgestellt, dass keine Einsparungen möglich sind.

Reform des Finanzausgleichs (REFA): Die Gesetzesvorlage liegt seit Februar 2009 auf dem Tisch. REFA ist ein sehr wichtiges Projekt, weil der derzeitige Finanzausgleich unglückliche Anreize setzt. Zudem kann in guten Zeiten kein Eigenkapital angelegt werden, damit der nächste Einbruch besser überstanden werden kann. Die Lastenabgeltung ist eine wichtige Komponente. In Aussicht gestellt wurden einmal 85 Millionen, im Gesetz sind jetzt 75 Millionen festgelegt, weil indirekt ein Finanzausgleich weitergeführt werden soll. Das ist aber nur eine Komponente. Der Ressourcenausgleich ist mindestens ebenso wichtig. Dabei handelt es sich um den Ersatz des aktuellen Steuerkraftausgleichs, das heisst die unterschiedliche Steuerkraft der Gemeinden wird ausgeglichen. Die Steuerkraft der Stadt Winterthur und der anderen Gemeinden wird künftig auf 95 % des Durchschnitts angeglichen. Je nach dem, wie hoch die durchschnittliche Steuerkraft im Kanton ist, erhält die Stadt zwischen 30 und 70 Millionen. Das hängt vom bestehenden Unterschied der Steuerkraft ab. Damit fehlen der Stadt nicht von vornherein 30 Millionen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass diese Vorlage zum Finanzausgleich noch geändert werden muss. Der Zentrumslastenausgleich ist zu tief

ausgefallen. Ein besseres System mit den richtigen Anreizen würde Stadträtin V. Gick sehr begrüßen. Die einzelnen Mittel müssen aber auch richtig dotiert sein. Die Stadträtin ist mit einigen Mitgliedern der vorberatenden Kommission bereits im Gespräch. Sie wird auch mit den Fraktionen im Kantonsrat Gespräche führen. Zudem sind Unterlagen erarbeitet worden, die belegen, dass der Zentrumslastenausgleich nicht ausreicht

Den Bericht der Materialverwaltung hat die Stadträtin der Präsidentin der Aufsichtskommission geschickt. Sie hat nicht beachtet, dass dieser Bericht nur an sie geschickt worden ist. Die Mitglieder der AK werden den Bericht deshalb noch erhalten. Der Stadtrat hat nichts zu verbergen. Der Wunsch ist geäußert worden, dass die Kosten der Produktegruppen berechnet werden. Diese Kosten sind bereits sichtbar. Mit den internen Verrechnungen wird gezeigt, wie hoch die Kosten zum Beispiel für ein Altersheim oder die Stadtpolizei sind. Auch die Abschreibungskosten werden aufgeführt und die Liegenschaftskosten sind ausgewiesen. Vielleicht sind die Kosten der einzelnen Produkte nicht genau sichtbar. Hier könnte man noch Verbesserungen erreichen. Es wird immer wieder erwähnt, dass durch den Verkauf der Liegenschaften die Rechnung verbessert worden ist. Wenn Liegenschaften, die einen guten Wert darstellen, verkauft werden, geschieht das immer im Interesse der Stadtentwicklung. Der Stadtrat hat damit den Bau von attraktiven Siedlungen ermöglicht. Ansonsten sind lediglich kleine ältere Einfamilienhäuser verkauft worden, die die laufende Rechnung belastet haben. Die Stadt hat wichtigere Aufgaben als Einfamilienhäuser zu unterhalten, die Gelder binden, die für wichtige Aufgaben benötigt werden. Stadträtin V. Gick bittet die Ratsmitglieder trotz aller Skepsis, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Die Mitarbeitenden haben viel geleistet. Die Stadträtin dankt allen, die mitgeholfen haben.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Antrag der SVP den Bericht im ablehnenden Sinn zur Kenntnis zu nehmen abstimmen.

Der Rat nimmt den Bericht mit 34 zu 17 Stimmen und 7 Enthaltungen im positiven Sinn zur Kenntnis.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2009/005: Kredit von 700'000 Franken für die Realisierung des Radwegs zwischen der Turmhaldenstrasse und der Frohbergstrasse

M. Hollenstein (CVP): Es geht um einen Kredit von 700'000 Franken für die Realisierung des Radwegs zwischen der Turmhaldenstrasse und der Frohbergstrasse. Die Sachkommission Bau und Betriebe hat dem Kredit mit 6 zu 2 Stimmen zugestimmt. Vorgeschichte: Der Stadtrat hat 1996 entschieden zwischen der Turmhaldenstrasse und der Meisenstrasse einen Radweg zu erstellen. Im Sommer 1997 hat der Rat den Radweg mit 33 zu 21 Stimmen bewilligt. Die Grundeigentümer haben diesen Entscheid angefochten und in erster Instanz Recht erhalten. Der Stadtrat ist in der Folge an das Verwaltungsgericht gelangt. Der Beschluss der Baurekurskommission ist aufgehoben worden. Damit wurde der Stadtrat wieder ins Recht gesetzt. Wie in der Begründung ausgeführt, steht den Gemeindebehörden ein erhebliches Ermessen zu. Das Gericht hielt weiter fest, die am meisten Betroffenen hätten sich nicht einmal gewehrt, andere seien bereit ihr Land abzutreten. Am 12. März 2003 wurde die Baulinie genehmigt. Somit konnte der Stadtrat das Land erwerben und ein Projekt ausarbeiten, zu dem der Gemeinderat heute Stellung nehmen kann.

Anhand von Plänen zeigt M. Hollenstein den Verbindungsweg. Verschiedene Anpassungen sind notwendig – einige Bauten müssen entfernt werden, zum Beispiel Garagen oder Kellerabgänge. M. Hollenstein war der Meinung, dass der Radweg über die Heiligbergstrasse geführt werden sollte, weil bereits eine Strasse besteht. Es scheint aber, dass die Höhendifferenz zu gross ist. Die Radfahrer würden nur unwillig diesen Radweg benutzen und wieder an die Technikumsstrasse ausweichen. Das wäre Unsinn. Die Kosten erhalten noch eine Korrektur. In der Weisung sind 300'000 Franken als bereits genehmigter und beanspruchter Kredit aufgeführt. Dem ist nicht so. Von diesem Kredit sind lediglich 50'000 Franken verwen-

det worden. 250'000 Franken stehen noch zur Verfügung. Für die Projektierung und Bauleitungen werden nur 120'000 Franken benötigt. Damit könnte der Kredit auf 500'000 Franken reduziert werden. Die CVP unterstützt den Antrag.

E. Wettstein (SP): Die SP-Fraktion stimmt dem Kredit für die Realisierung des Radweges zwischen der Turmhaldenstrasse und der Frobergstrasse zu. Eine wichtige Lücke im Radwegnetz der Stadt wird damit geschlossen. Wer mit dem Velo unterwegs ist und nicht nur mit dem Auto fährt, weiss wie gefährlich es ist zu Stosszeiten die Technikumsstrasse zu überqueren oder mit dem Velo auf der Technikumsstrasse zu fahren. Mit diesem Stück Radweg wird ein gefährlicher Knoten entschärft. Es handelt sich nicht um eine ideale Verbindung. Früher war geplant den Radweg durch das Areal der Eulachgarage zu bauen. Diese Variante hat sich leider nicht realisieren lassen. Aber der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach. Mit dem Voranschlag 2008 hat der Gemeinderat 50'000 Franken für die Projektierung und 250'000 Franken für die Ausführung bewilligt – in der Annahme, dass das Areal der Eulachgarage genutzt werden kann. Mit der neuen Linienführung hat sich das Projekt verteuert. Landerwerb und Stützmauern haben die Kosten in die Höhe getrieben. Trotzdem ist die Verwaltung bemüht den Radweg so günstig wie möglich zu realisieren. Denn genaue Offerten zeigen, dass der Radweg ca. 20 % günstiger sein wird, als in der Weisung aufgeführt. Damit reicht ein Kredit von 500'000 Franken aus. E. Wettstein stellt aber keinen Kürzungsantrag. Das Baugewerbe wird sich im Sommer über jeden Auftrag freuen. E. Wettstein bittet die Ratsmitglieder, diesem sinnvollen Projekt zuzustimmen.

J. Altwegg (Grüne/AL): Wer mit dem Velo fährt, kennt dieses Problem. Wenn man von Seen oder von Mattenbach her kommt, muss man auf die Technikumstrasse ausweichen und diese zweimal überqueren. Einerseits ist man damit den Autofahrern im Wege. Man kann den Spiess auch umdrehen, wenn es keine Autos gäbe, bräuchte es keine Veloweg. Aus Gründen der Verkehrssicherheit ist der Radweg sehr wichtig. Diesen gibt es leider nicht zum Schnäppchenpreis, dessen ist sich die Grüne/AL-Fraktion bewusst. Das hat vor allem damit zu tun, dass private Grundstücke gekauft werden müssen. Der Veloweg schliesst eine der letzten Lücken, die im Radwegnetz der Stadt Winterthur bestehen. Die Grüne/AL-Fraktion findet die Realisierung dieses Radweges eine gute Sache und stimmt dem Kredit zu.

J. Heusser (FDP): Nachdem bekannt ist, dass es sich um den teuersten Veloweg der Stadt handelt, stellt J. Heusser im Namen der FDP-Fraktion einen Kürzungsantrag. Das sollte aber kein Problem sein, weil die Offerte bereits eingegangen und bekannt ist, dass der Gesamtbetrag 780'000 Franken nicht übersteigen darf – das heisst inklusive der bereits genehmigten 300'000 Franken. Man muss klar sehen – auch wenn sich am Ende die Kosten auf 780'000 Franken belaufen werden – der Radweg kostet 4'460 Franken pro Meter. Dieser Preis wäre Wahnsinn, wenn man nicht wüsste worum es geht. Das Stück Radweg ist wichtig. 170 Meter fehlten im Radwegnetz. J. Heusser hat sich davon in der BBK überzeugen lassen. Inzwischen ist auch die FDP-Fraktion gleicher Meinung. Die FDP wird dem Kredit zustimmen. Der Radweg verbindet Seen, Mattenbach über die Weinlandbrücke mit Sulzer Stadtmitte und Töss. Es ist wichtig, dass der Kredit angenommen wird, weil es sich um ein entscheidendes Stück Radweg handelt.

Stadtrat W. Bossert: Der Stadtrat ist einverstanden den Kredit von 700'000 Franken auf 500'000 Franken zu reduzieren.

W. Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion ist gegen den Bau dieses teuren Radweges. 1. Der projektierte Radweg führt durch private Gärten. Es müssen 4 Garagen abgebrochen und Stützmauern gebaut werden. 2. Der Radweg ist sehr teuer. Wenn man die Kürzung einrechnet kostet er über 4'000 Franken pro Meter. 3. Es besteht eine ca. 100 Meter längere Ausweichroute über die Turmhalden- Heiligberg und Meisenstrasse. Dieser Umweg ist für Velofahrer zumutbar. 4. Die Bewohner des Quartiers sind über das Vorgehen der Stadt sehr enttäuscht und können nicht nachvollziehen, dass ihnen das Land weggenommen wird und Garagen

abgebrochen werden für diesen Radweg. Die kommenden Jahre werden finanziell schwierig werden. Die Stadt kann sich diesen nicht notwendigen Radweg nicht leisten. W. Steiner bittet die Ratsmitglieder die Realisierung abzulehnen und den Richtplan entsprechend zu ändern.

L. Banholzer (EVP/EDU/GLP): Bereits 1987 ist in einer Interpellation festgestellt worden, dass die Fahrt für Velofahrer auf der Technikumstrasse zunehmend gefährlich sei und dass eine Lösung gefunden werden müsse für eine Anbindung an die Lagerhaus- und die Rosenstrasse. Das ist bisher nicht der Fall, weil die einfachen Varianten nicht gebaut werden konnten. Deshalb muss jetzt eine komplizierte Variante gewählt werden. Wenn man Autobahnen baut, müssen Täler und Berge überwunden werden. Das erfordert entsprechende Kunstbauten. Wenn die einfache Variante nicht möglich ist, braucht es Brücken oder Tunnels. Das ist im Falle dieses Radwegs ähnlich. Wenn die einfache Variante nicht realisierbar ist, muss ein anderer Weg gesucht werden. L. Banholzer bittet die Ratsmitglieder, trotz der relativ hohen Kosten, dem Kredit zuzustimmen. Denn der Veloweg ist eine grosse Verbesserung für die Sicherheit und den Komfort der Velo fahrenden Bevölkerung. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion stimmt dem Kredit zu. Wahrscheinlich dürfen auch Fussgänger diesen Radweg nutzen und können davon profitieren.

J. Würgler (SP): M. Hollenstein hat die Geschichte dieses Radwegs nicht vollständig dargelegt. Am 12. März 2003 erfolgte ein Richtplaneintrag. Im Mai 2005 hat der Stadtrat ein Neubauprojekt genau dort bewilligt wo der Radweg hätte gebaut werden sollen – nämlich auf dem Areal der Eulachgarage. J. Würgler hat als Anwalt von privaten Grundeigentümern und M. Böni als Exponent des Quartiervereins haben Rekurs gegen dieses Bauprojekt geführt, unter Anderem mit dem Argument, dass ein verbindlicher Richtplaneintrag besteht. Der Stadtrat kann kein Neubauprojekt bewilligen, ohne dass er darlegt, wie der Radweg gebaut werden soll. Der private Baurekurs wurde erledigt. Die Grundeigentümer haben zugestimmt. Es wurde vereinbart, dass die Stadt den Radweg baut. Der Radweg ist absolut zwingend, sonst hätte man ein Bauprojekt bewilligt, den Rekurs erledigt und der Radweg würde trotzdem nicht gebaut. Das kann es nicht sein. J. Würgler bittet die Ratsmitglieder zur Kenntnis zu nehmen, dass eine Vereinbarung getroffen wurde diesen Radweg zu bauen.

R. Isler (SVP): Im Kantonsrat sind die Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Fraktionen auf R. Isler zugekommen und haben ihn auf die Artikel in verschiedenen Zeitungen aufmerksam gemacht. Der Landbote hat unter Anderem geschrieben: „In Winterthur entsteht der teuerste Radweg der Welt.“ In der Kommission wurde schon oft über den Lastenausgleich diskutiert. Nach solchen Zeitungsberichten hat Winterthur in dieser Hinsicht lausige Karten. Die Winterthurer dürfen nicht jammern, wenn sie sich diesen Radweg leisten können – R. Isler hat Kosten von knapp 4'500 Franken pro Meter errechnet. Da gehen ihm die Argumente aus, wenn er sich für den Finanzausgleich einsetzen soll. Stadträtin V. Gick weiss, dass sich R. Isler für die Stadt Winterthur wehrt. Die Kosten dieses Radwegs stehen aber in keinem Verhältnis zum Nutzen – auch nicht für die Bewohner von Seen. R. Isler wohnt hinter dem Schulhaus Steinacker und darf täglich auf dem schönsten Radweg dem Mattenbach entlang in die Stadt fahren. Für 160 Meter Radweg soviel Geld auszugeben, ist ein Verhältnisblödsinn. R. Isler kann sich nicht an Zweiradunfälle in diesem Gebiet erinnern. Sicher jeder Unfall ist einer zuviel. Es handelt sich bei der Technikumstrasse aber nicht um einen Unfallschwerpunkt. R. Isler bittet die Ratsmitglieder Vernunft walten zu lassen. Die Stadt muss Prioritäten setzen. Das Anliegen von S. Stierli, das im Traktandum 6 behandelt wird, in dem zusätzliche Lehrstellen in der Stadtverwaltung gefordert werden, gehört zu diesen Prioritäten. Der Radweg wäre zwar wünschenswert aber nicht absolut notwendig. R. Isler bittet die Ratsmitglieder, den Kredit für diesen Radweg abzulehnen.

M. Stauber (Grüne/AL): Absolut notwendig ist nur wenig – alles ist relativ, insbesondere die Finanzen. In Traktandum 5 wird der Gemeinderat über einen Projektierungskredit für die Umnutzung des Werkhofs Schöntal von 975'000 Franken abstimmen. Wenn der Kürzungsantrag berücksichtigt wird, dann kostet allein die Projektierung doppelt soviel wie der Baukredit für den Radweg. Die Regierungen, unter anderem der Bund, geben dreistellige Millio-

nenbeträge für Investitionsprogramme aus, um die Krise zu überbrücken. Die Stadt hat ein vernünftiges Projekt ausgearbeitet, das gerade in der jetzigen Situation umgesetzt werden soll. R. Isler hat erklärt, dass es sich um den teuersten Radweg der Welt handelt. Das ist eine sehr wirkungsvolle Schlagzeile. In den Zeitungen wurde der Südhang im Iberg aufgrund der Entschädigungen, die hätten gezahlt werden sollen, zur die teuersten Wiese Europas erklärt. Letztendlich hat es gar keine Entschädigungen gegeben. Auch die Argumentation von R. Isler enthält sehr viel Luft.

Es ist klar, warum die SVP gegen diesen Radweg stimmt. Ch. Kern hat erklärt, dass die keine Radwege braucht, weil sie Auto fährt. Genau das ist ein Trugschluss. Die Autofahrer profitieren, wenn mehr Leute Velo fahren. Jede Person, die mit dem Velo statt mit dem Auto fährt, benötigt weniger Platz auf den Strassen. Sie entlasten die Strassen. Die geplante Verbindung ist notwendig, weil die Einfahrt von der Rosenstrasse in die Technikumstrasse und in die Lagerhausstrasse sehr schwierig ist. Wenn einige 100 Leute den geplanten Radweg Richtung Mattenbach und Töss nutzen, schafft das mehr Platz für den motorisierten Individualverkehr. Dieser Radweg bietet Vorteile für Velo- und Autofahrer. Aus diesem Grund kann auch die SVP diesem Kredit zustimmen.

Ch. Denzler (FDP): Die SVP hat die Zeitungen informiert, dass es sich um den teuersten Radweg der Welt handeln soll. Deshalb müssen sie nicht darüber lamentieren. Als bekennende Radfahrerin hat sich Ch. Denzler von einer anfänglich ablehnenden Haltung zu einem Ja durchgerungen. Der Radweg ist teuer. Ch. Denzler ist aber auf der Technikumstrasse beim Abbiegen von einem Lastwagen beinahe überfahren worden. Die Stadt muss sich für die Umwelt mehr einsetzen und es nicht bei Lippenbekenntnissen bewenden lassen.

W. Badertscher (SVP) ist ebenfalls Velofahrer und es gibt bereits einen Radweg. Man kann eben auch nach links abbiegen nicht nur nach rechts Richtung Technikumstrasse. Eine Strasse weiter oben gibt es einen wunderbaren Radweg. Der neue Radweg ist nicht notwendig, weil bereits ein sehr guter Radweg besteht. Ausser der Änderung im Richtplan braucht es keine Massnahmen.

Ch. Kern (SVP) kennt die Einfahrt in die Technikumstrasse sehr gut. Die meisten Velofahrer überqueren die Technikumstrasse und fahren durch die Altstadt zum Bahnhof. Interessant wäre es, wenn genaue Zahlen erhoben würden. Welche Velofahrer würden diesen Radweg benutzen? Ch. Kern ist überzeugt, dass das nur sehr wenige sind. Von denen kann verlangt werden, dass die über die Technikumstrasse zum Bahnhof fahren. Wenn es um Autostrassen geht, werden Verkehrszählungen gemacht. Das gleiche sollte auch für Velowege gelten.

M. Hollenstein (CVP): Die Diskussion ist sehr interessant und für die eingebrachten Ergänzungen bedankt sich M. Hollenstein. Dass R. Isler die Argumente ausgehen, ist bedenklich, müsste er doch Winterthur im Kantonsrat vertreten, ob die Stadt den teuersten Radweg baut oder nicht. Wenn R. Isler die Stadt nicht mehr vertritt, fehlt etwas. Die Zahlen sind das eine. Es geht jetzt aber nicht um Zahlen sondern um Menschen, um die Sicherheit von Radfahrern, die nicht einfach mit Geld aufgewogen werden kann. Die Bahnofsunterführung, über die im Mai abgestimmt wird, ist nicht länger. Sie kostet aber zwanzig Mal mehr – nämlich 70 Millionen. Der Radweg ist wichtig und ist es wert gebaut zu werden.

Stadtrat W. Bossert: Es ist viel gesagt worden, das meiste davon war auch nachvollziehbar. Dafür bedankt sich der Stadtrat. Wenn das Problem gelöst werden soll, dann braucht es ein Ja zu diesem Radweg.

Ratspräsident W. Langhard: Der Stadtrat ist mit der Kürzung des Kredits auf 500'000 Franken einverstanden, deshalb muss über den Kürzungsantrag nicht abgestimmt werden. Der Ratspräsident lässt über den Ablehnungsantrag der SVP abstimmen.

Der Rat stimmt mit grossem Mehr dem Kredit von 500'000 Franken für die Realisierung des Radwegs zwischen der Turmhaldenstrasse und der Frohbergstrasse zu.

Ratspräsident W. Langhard: Zum Traktandum 3 ist ein Referendum von der SVP Angesagt. Deshalb müssen die Stimmen ausgezählt werden.

M. Ott (SP): Mindestens zwei Ratsmitglieder sind nicht mehr im Rat, die an der ersten Sitzung teilgenommen haben.

Ratspräsident W. Langhard: Am Resultat wird sich dadurch letztendlich nichts ändern. Er lässt erneut über den Kredit von 500'000 Franken für die Realisierung des Radwegs zwischen der Turmhaldenstrasse und der Frohbergstrasse abstimmen.

Der Rat stimmt dem Kredit mit 46 zu 9 Stimmen zu.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2009/013: Kredit von Fr. 850'000 für die Projektierung des neuen 110/11 kV Unterwerkes Neuwiesen (UNW) im Zusammenhang mit der NOK-Spannungsumstellung von 50 kV auf 110 kV

R. Wirth (SP): Die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) werden schon bald die Hochspannung von 50 auf 110 kV umstellen. Winterthur muss natürlich mitziehen. Es gibt keine andere Option. Das Volk hat den Rahmenkredit von 187 Millionen 1992 gutgeheissen. In der Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) wurde über den aktuellen Stand informiert. Das Gesamtprojekt ist auf Kurs und die 187 Millionen werden nicht überschritten. Zu diesem letzten Unterwerk, das umgestellt werden soll, gibt es nicht mehr viel zu sagen. Der Gemeinderat hat bereits mehrere Unterwerke bewilligt. Zwei Probleme sind aber noch zu bewältigen. An der Anton Graff-Strasse sind Rekurse gegen die neuen Verbindungsleitungen zwischen den Unterwerken hängig, weil die Spannung erhöht wird. Damit erhöht sich der Elektromog. Der Stadtrat hat aber versichert, dass die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden. Auch am Standort des neuen Unterwerkes Neuwiesen wird der Elektromog im Wohngebiet zunehmen. Aber auch hier werden – gemäss Aussagen der Experten – die Grenzwerte eingehalten. Ein weiteres Problem ist der Baustellenverkehr, der die Lebensqualität im Wohngebiet beeinträchtigen wird. Der Stadtrat hat erklärt, dass dieser Standort wichtig ist, weil dort die Leitungen bereits bestehen und weil durch die Nähe zur Altstadt Übertragungsverluste auf einem Minimum gehalten werden können. Neu ist das Ausschreibungsverfahren. In der Vergangenheit wurde mit Partnerschaften zwischen den Elektrokonzernen und den Architekturbüros gearbeitet, die jeweils gemeinsam ein Projekt eingereicht haben. Es hat sich gezeigt, dass die kleineren Architekturbüros unter die Räder der grossen Konzerne gekommen sind. Sie mussten umsetzen, was die Konzerne diktiert haben. Diesmal wird der Architekturwettbewerb unabhängig von der technischen Submission ausgeschrieben. Der obsiegende Konzern muss in der Folge mit dem siegreichen Architekten zusammen arbeiten. Die BBK heisst das Vorgehen des Stadtrates gut und empfiehlt den Projektkredit einstimmig zur Annahme. Die SP-Fraktion stimmt dem Kredit zu.

J. Altwegg (Grüne/AL): R. Wirth hat alle wichtigen Fakten dargelegt. In diesem Sinn ist die Grüne/AL-Fraktion auch bei diesem Puzzleteil der grossen Umstellung von 50 kV auf 110 kV dabei und stimmt dem Projektkredit von 850'000 Franken zu.

L. Banholzer (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion befürwortet den Projektierungskredit für das neue Unterwerk. Alles Wichtige haben die Ratsmitglieder bereits gehört. In der Kommission war nicht der Neubau das Thema sondern der Standort. Die Mitglieder der EVP/EDU/GLP-Fraktion haben sich überzeugen lassen, dass der Standort nach wie vor richtig ist, für die Anwohner keine Beeinträchtigungen durch den Elektromog zu erwarten sind

und dass die Grenzwerte eingehalten werden. Aus diesem Grund stimmt die EVP/EDU/GLP-Fraktion dem Kredit zu.

J. Heusser (FDP): Die FDP stimmt diesem Kredit gerne zu. Insbesondere weil der Stadtrat versichert hat, dass der Rahmenkredit von 187 Millionen nicht überschritten wird. Der Gemeinderat hat bereits mehrere Werke bewilligt. Das Unterwerk Neuwiesen ist das letztes, das im gleichen Sinne gebaut wird. Aus diesem Grund ist die Zustimmung sinnvoll.

M. Hollenstein (CVP): Die BBK hat dem Kredit mit 9 zu 0 Stimmen zugestimmt. Die CVP kann dem Projektierungskredit ebenfalls zustimmen. Dieser Kredit ist ein Teil des Rahmenkredites von 187 Millionen, welcher am 27. September 1992 von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern gutgeheissen wurde. Durch die Spannungsumstellung der NOK von 50 kV auf 110 kV ist es eine Notwendigkeit, dass der Betrieb bis 2012 mit einer Spannung von 110 kV aufgenommen werden kann. Das jetzige Gebäude mit den verschiedenen An- und Umbauten wird den künftigen Anforderungen nicht mehr genügen. Aus Kosten- und Sicherheitsgründen ist ein Neubau gegenüber einem sehr aufwändigen Umbau vorteilhafter. Die Umstellung der Spannung von 50 kV auf 110 kV in den verschiedenen Unterwerken wird keinen Einfluss auf die Finanzen der Stadt Winterthur haben, da sie über die Rechnung der Stadtwerke Winterthur abgewickelt wird. Durch die bereits gebauten und das geplante Unterwerk wird keine Strompreiserhöhung notwendig, da die Investitionskosten im Finanzplan berücksichtigt sind. M. Hollenstein fordert die Ratsmitglieder auf dem Kredit zuzustimmen.

H. Keller (SVP): Die SVP stimmt dem Kredit zu.

Stadtrat M. Gfeller dankt für das Vertrauen. Damit kann auch dieses Unterwerk projektiert werden. Es wird von der Projektierung her eventuell anspruchsvoller als die bereits umgebauten Unterwerke, weil am gleichen Ort das alte Unterwerk abgerochen und durch das neue ersetzt werden muss. Das bedeutet aber auch, dass ein bestimmter Anteil Baustellenverkehr am alten Standort für den Rückbau so oder so anfallen würde, auch wenn an einem anderen Standort gebaut würde. Das Vorgehen, dieses Unterwerk durch einen Neubau zu ersetzen, ist sinnvoll.

Ratspräsident W. Langhard stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt worden ist. Damit hat der Rat dem Projektierungskredit von 850'000 Franken zugestimmt.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2009/015: Projektierungskredit von Fr. 975'000 für die Umnutzung der Liegenschaft Schöntal, Untere Schöntalstrasse 12 („Werkhof Schöntal von Stadtwerk Winterthur“)

R. Wirth (SP): Ziel von Stadtwerk ist es die Standorte von vier auf drei zu reduzieren – Kehrichtverbrennungsanlage (KVA), Kläranlage und den Werkhof Schöntal. Büroräume und Werkstatt sollen ins gleiche Gebäude verlegt werden. Das hat Vorteile für das Betriebsklima und bringt, gemäss einer konservativen Schätzung, Synergien von 800'000 Franken jährlich. Im Verhältnis zu den geschätzten Gesamtkosten von 16 Millionen ist das ein gutes Ergebnis. In der BBK war die Verlegung ins Schöntal im Grundsatz unbestritten. Allerdings sind zwei Fragen noch offen, die im Detail noch diskutiert werden müssen. 1. Muss erneut mit dem gleichen Architekturbüro zusammengearbeitet werden? Der Werkhof Schöntal ist ein schöner Bau, der vom Architekturbüro Hotz aus Zürich entworfen wurde. Das Gebäude ist aber bereits nach 12 Jahren etwas marode und in Bezug auf den Energieverbrauch ein Sanierungsfall. Das ist keine Glanzleistung. Die BBK hat den Stadtrat aufgefordert Alternativen zu prüfen oder zumindest sicher zu stellen, dass für die energietechnische Sanierung strenge Auflagen gelten. Dazu kann Stadtrat Gfeller bestimmt noch mehr sagen. 2. Was passiert mit der Liegenschaft an der Unteren Vogelsangstrasse 11? Mit der Zustimmung zum Kredit wer-

den in dieser Beziehung keine Antworten präjudiziert. Heute wird lediglich über die Projektierung für die Umnutzung der Liegenschaft Schöntal abgestimmt. Klar ist, die BBK erwartet von der Liegenschaftsverwaltung bald ein Szenarium für die Liegenschaft an der Unteren Vogelsangstrasse 11 zu erhalten. Die BBK empfiehlt mit 8 zu 1 Stimmen dem Projektierungskredit zuzustimmen.

Die SP-Fraktion schliesst sich der Meinung der BBK an und empfiehlt ebenfalls Zustimmung. Sie hofft, dass die Antworten auf die beiden Fragen bald präsentiert werden. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion wird einen Kürzungsantrag stellen. Sie beantragt den Kredit um 100'000 Franken zu kürzen. Die SP lehnt den Kürzungsantrag ab. Es ist unseriös bei der Planung zu sparen. Die Ausarbeitung eines guten Detailprojekts ist wichtig. Im Rahmen dieses Projekts wird es sicher möglich sein diese 100'000 Franken einzusparen. In der Vorstudie geht es um die Beantwortung von wichtigen Fragen. Deshalb ist es wichtig, dem Kredit in voller Höhe zuzustimmen. In diesem Sinne empfiehlt R. Wirt Zustimmung zum Kredit.

J. Heusser (FDP) hat in der BBK gegen diesen Kredit gestimmt. Die FDP ist grossmehrheitlich ebenfalls gegen diesen Kredit. Vor Jahren hat der Gemeinderat entschieden, dass der Werkhof Schöntal mit vielen Hochregallagern gebaut werden soll. Damals wurden die Pläne nicht genau geprüft. Das Gebäude ist nicht zweckmässig und ein Büro in ein Hochregallager hineinzubauen, ist nicht gerade preisgünstig. Die FDP ist mit der Leistung des Architekturbüros nicht gerade zufrieden – vor allem im Innenausbau. Die Fassade selber ist gut. Deshalb sollte der Auftrag nicht erneut an dieses Architekturbüro vergeben werden – auch wenn sich die Verhältnisse geändert haben. Die einzig positive Meinung der FDP bezieht sich auf die Fassade des Gebäudes. Ansonsten sollte von diesem Bau Abstand genommen und nach anderen Lösungen gesucht werden. Selbst wenn jährliche Einsparungen von 800'000 Franken zu erwarten sind, stimmt die FDP diesem Kredit nicht zu.

L. Banholzer (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion stellt einen Kürzungsantrag: „Der Projektierungskredit von 975'000 Franken für die Umnutzung der Liegenschaft Schöntal soll um 125'000 Franken auf 850'000 Franken gekürzt werden.“ Ein Gebäude, das bereits nach 12 Jahren umfassend energetisch saniert werden muss und für die Art der Nutzung völlig überdimensioniert ist, ist nicht sorgfältig genug geplant worden. Heute wird diese Sanierung aus Kostengründen erneut an das Büro Hotz vergeben. Ohne Wettbewerb erhält dieses Architekturbüro einen Auftrag von ca. 16 Millionen. Aus diesem Grund erwartet die EVP/EDU/GLP-Fraktion, dass Stadtwerk das Büro Hotz verpflichtet an die Behebung der Fehlleistungen in Bezug auf diesen Bau einen Beitrag zu leisten. Bei einem angenommenen Stundenlohn von ca. 150 Franken entspricht diese Kürzung um 12 % noch ca. 131 Franken, die das Büro Hotz pro Stunde verrechnen könnte. Auf den Gesamtbetrag von 975'000 Franken ergäbe das eine Kürzung um 125'000 Franken. Es handelt sich dabei nur um ein Zeichen. Trotzdem bittet die EVP/EDU/GLP-Fraktion die Ratsmitglieder, der Kürzung zuzustimmen.

J. Altwegg (Grüne) spricht nur für den grünen Teil der Grüne/AL-Fraktion. Grundsätzlich ist nicht viel einzuwenden gegen die Optimierung von Schnittstellen und die Konzentrierung an einem Ort. Heikel ist, dass mit der Energiesanierung der Minergie Standard nicht erreicht wird. Das ist das eine Problem. Das andere ist der Verkauf der Liegenschaft an der Unteren Vogelsangstrasse. Es ist wichtig, dass die Liegenschaft bei der Stadt bleibt und nicht einfach versilbert wird, wie das mit anderen Liegenschaften geschehen ist. Die Grünen werden im Auge behalten, was mit dieser Liegenschaft geschieht. Die Konzentration von Stadtwerk auf 3 Standorte ist positiv. Aus diesem Grund unterstützen die Grünen den vollen Projektkredit. Man kann nicht einfach einen Teil streichen und erwarten, dass die gleiche Leistung vom Architekturbüro erbracht wird. J. Altwegg ist aber ebenfalls überzeugt, dass die Planung des Werkhofs Schöntal eine Fehlleistung war.

M. Hollenstein (CVP): Die BBK hat dem Projektierungskredit mit 8 zu 1 Stimmen zugestimmt. Die CVP wird dem Kredit ebenfalls zustimmen. Das Gebäude wurde 1996 für ca. 30 Millionen gebaut und seither schlecht genutzt, weil viel zu gross gebaut wurde. Die CVP

hofft, dass dieser Fehler korrigiert werden kann und mit den Geldern zielorientierter umgegangen wird. Wenn heute Äusserungen laut werden, dass der Rat damals dieses Geld nie hätte bewilligen dürfen, weil es sich um ein völlig unverständliches Unterfangen handelte, hofft die CVP, dass die Ratsmitglieder künftig genauer hinsehen und bessere Resultate erreichen. Der Standort gibt aus heutiger Sicht Stadtwerk die Möglichkeit die Betriebsabläufe zu optimieren und die rund 75 Arbeitsplätze an der Unteren Vogelsangstrasse 11 im Werkhof Schöntal zu integrieren. Diese Integration reduziert die Kosten, ausserdem können Synergien genutzt werden. M. Hollenstein bittet die Ratsmitglieder dem Projektierungskredit zuzustimmen. Wenn man schon weiss, dass damals zu gross gebaut wurde, sollte der Projektierungskredit genügend gross sein, nicht dass man in 10 Jahren erneut Fehler feststellen muss.

H. Keller (SVP): Eine Konzentration der Standorte von Stadtwerk Winterthur ist sicher möglich, wenn damit die Betriebsabläufe wirtschaftlich verbessert werden können. Momentan sind die Hauptabteilungen auf verschiedene Standorte verteilt. Durch eine Zusammenlegung, die momentan ausschliesslich im Schöntal möglich ist, können Synergien genutzt werden. Das Gebäudevolumen ist viel zu gross. Das wissen inzwischen alle. Aber kaum jemand im Rat war damals bei der Planung dabei. Den Rat trifft daher keine Schuld. Leider geht aus dem Bericht auch hervor, dass erschreckende Baumängel vorhanden sind. Sicher ist fraglich, ob es sich lohnt dieses Industriegebäude in ein Bürohaus umzubauen. Leerstehen lassen würde aber viel Geld kosten und die Vermietung als Lagerhaus wäre momentan schwierig. Die SVP ist ebenfalls der Meinung, dass mindestens die Planungskosten um 125'000 Franken gesenkt werden müssen, wenn das Architekturbüro den Auftrag von 16 Millionen erhält. Die SVP-Fraktion wird deshalb den Kürzungsantrag unterstützen. Da es für die Stadt Winterthur sehr wichtig ist, dass das Gebäude erhalten bleibt und das leider mit dem Büro Hotz am ehesten möglich ist, wird die SVP dem Geschäft mehrheitlich zustimmen.

D. Berger (AL) unterstützt den Ablehnungsantrag, wenn auch aus anderen Gründen als die FDP. In dieser Vorlage ist ein Punkt störend – nämlich die Absicht die Liegenschaft an der Unteren Vogelsangstrasse zu verkaufen. Dieser Punkt wurde bereits von J. Altwegg erwähnt und von D. Hauser in einer Fraktionserklärung thematisiert. Der Stadtrat zieht in Betracht, die Liegenschaft zu verkaufen oder sie stadintern einer anderen Nutzung zuzuführen. Unter dem Stichwort Wirtschaftlichkeit wird aufgeführt, dass ein Verkauf der Liegenschaft 6 Millionen einbringen würde. Das stimmt aus der Sicht des Stadtrates auf jeden Fall, egal ob die Liegenschaft intern oder extern verkauft wird. Die errechneten Einsparungen von 6 Millionen für die Sanierung des Gebäudes kommen der Stadt aber ausschliesslich bei einem Verkauf an externe Käufer zugute. Wenn die Liegenschaft intern verschoben wird, muss ein anderes Departement die Sanierung finanzieren. Die Zeichen stehen deshalb stark auf Verkauf. Die Weisung bezieht sich zwar auf den Werkhof Schöntal. Das eine hängt aber mit dem anderen zusammen. D. Berger hatte keine Lust nur zu murren. Deshalb macht er den hoffnungslosen Versuch dem Stadtrat das Versprechen zuhanden des Protokolls abzurufen, dass die Liegenschaft an der Unteren Vogelsangstrasse nicht verkauft wird. Falls der Stadtrat dieses Versprechen nicht geben kann, wird D. Berger den Ablehnungsantrag der FDP unterstützen.

St. Fritschi (FDP) bittet die Ratsmitglieder dem Ablehnungsantrag der FDP zuzustimmen. Die Rede ist von einem Hochregallager, das in ein Bürogebäude umgebaut werden soll. Das ist so unsinnig, wie wenn versucht würde ein Velo in ein Auto umzubauen. Das kann zwar gemacht werden, der Aufwand ist aber riesig. Das Resultat wird aber weder ökologisch noch strategisch befriedigen. Von der Erreichung eines Minergie-Standarts kann keine Rede sein. Eine ideale Lösung kann nicht erreicht werden. Das Gebäude war eine Fehlplanung. St. Fritschi ist nicht bereit, diese Fehler auszubaden.

R. Wirth (SP): Auch die SP ist der Meinung, dass das Architekturbüro für die Fehlleistungen gerade stehen muss. Es ist aber gefährlich, wenn das innerhalb der Planungsphase gefordert wird. Eine gute Planung ist Garant, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen werden. Deshalb ist es wichtig, dass der volle Projektierungskredit gesprochen wird. Der Gemeinde-

rat muss aber aufpassen, dass das Architekturbüro Hotz innerhalb des Projekts Geld einsparen beziehungsweise nicht ausbezahlt erhalten soll. Noch lieber wäre es R. Wirth, wenn ein Architekturwettbewerb durchgeführt werden könnte. Die Leute, die dieses Gebäude ursprünglich geplant haben, arbeiten nicht mehr beim Architekturbüro Hotz. Daher besteht auch kein Vorsprung an Know-how. Der Vorsprung von Know-how war das Hauptargument für die Vergabe an das Büro Hotz.

Ch. Denzler (FDP) sieht ebenfalls nicht ein, warum das Architekturbüro Hotz für die Fehlleistungen und die überbezahlte Bauweise von damals belohnt werden soll und kein Wettbewerb stattgefunden hat.

H. Keller (SVP): Im Gebäude befindet sich nicht nur ein Hochregallager. Es sind bereits Büros vorhanden. Die Stadt Winterthur hat diesen Auftrag damals so vergeben. Nur weil es kein Architekturbüro mit Verbindungen zur FDP ist, muss er nicht unbedingt schlecht sein.

M. Hollenstein (CVP) kennt den Architekten nicht. Man sagt jetzt, er habe eine Fehlleistung erbracht. Der Auftrag ist aber nicht bekannt. Vielleicht hat auch die Stadt den Auftrag erteilt, das Gebäude in dieser Grösse zu bauen. M. Hollenstein ist für einen Wettbewerb. Es stellt sich aber die Frage, ob das Projekt damit günstiger wird.

H. Iseli (EVP/EDU/GLP): Alles dreht sich um das gleiche. Wer den Fehler gemacht hat, ist im nach hinein schwer herauszufinden. Der Gemeinderat damals dem Projekt zugestimmt, auch weil die Kosten von den Stadtwerken übernommen wurden und die Stadtkassen nicht belastet wurde. Jetzt wird eine Kürzung verlangt. Einige Ratsmitglieder befürchten, dass dadurch die Planung nicht korrekt ausgeführt werden könnte. Daran glaubt H. Iseli nicht. Die Mitarbeitenden des Architekturbüros wissen, dass sie in der Pflicht stehen. Sie werden sich bestimmt nicht erlauben aufgrund der Kürzung um 125'000 Franken eine schlechtere Leistung zu erbringen. Im Gegenteil. Es geht jetzt darum Goodwill zu zeigen. Wenn sie schon einen Auftrag erhalten, ohne einen Finger zu rühren, dann müssen sie in den sauren Apfel beißen. Wer den Fehler gemacht hat, sei dahingestellt. H. Iseli bittet die Ratsmitglieder, dem Kürzungsantrag zuzustimmen.

Stadtrat M. Gfeller plädiert dafür zwischen verschiedenen Themen zu unterscheiden. Heute wird weder über einen Architekturwettbewerb entschieden noch wird die Architektur eines bestehenden Gebäudes kritisiert. Das Gebäude steht und man muss das Beste daraus machen. Die Sicht beim Bau des Gebäudes war eine andere als heute. Vielleicht hat man für einige Schraubensorten zuviel geplant beim Bau des Hochregallagers. Im nach hinein hat man festgestellt, dass Lieferungen just in Time weniger Platz im Lager benötigen dafür aber mehr Strassenverkehr produzieren. Das ist ein Prozess in der Industrie, an dem man Freude haben kann oder nicht. Stadtwerk ist keine Ausnahme. Entscheide, die vor 15 Jahren richtig waren, sind heute nicht mehr richtig. Stadtrat M. Gfeller ist erstaunt über den Mut gewisser Leute zu sagen, dass die Firma Hotz den Fehler begangen hat. Diesen Mut hat der Stadtrat nicht. Ohne genaue Analyse möchte er niemandem die Schuld geben. Sicher ist das Gebäude aus heutiger Sicht zu gross. Aus diesem Grund hat der Stadtrat die Weisung vorgelegt. Er will das Beste aus dem Gebäudevolumen machen.

Eines der wichtigsten Kriterien für eine energetische Sanierung ist die gesamte Gebäudehülle. Es gibt keine bessere Lösung als ein bestehendes Gebäude möglichst effizient zu nutzen. Genau das wird in diesem Fall gemacht. Das Heizungssystem ist dabei sekundär. Die gesamte Gebäudeaussenhülle ist dagegen ein wichtiger Faktor. Mit dem Entscheid, das Gebäude intensiver zu nutzen, ist der Stadtrat sicher auf dem richtigen Weg. Ob damals das Büro Hotz den Fehler gemacht hat oder der Gemeinderat oder der Stadtrat, ist heute müssig zu entscheiden. Wenn das Architekturbüro, der Baumeister oder der Fensterbauer Fehler gemacht haben, hätte man in den zehn folgenden Jahren eine Mängelrüge einreichen müssen. Das ist nicht geschehen. Der Zug, das Architekturbüro in die Pflicht zu nehmen, ist abgefahren. Der Kredit könnte sicher gekürzt werden. Eventuell würde dann ein weniger gut durchdachtes Projekt entstehen. In verschiedenen Voten wurde ein möglichst guter Energie-

standard gefordert. Gute Lösungen können durch einen durchdachten Energieplan erreicht werden. Es ist vorgesehen einen Energieplaner beizuziehen, der nicht direkt vom Architekturbüro abhängig ist. Diesen Leuten soll genügend Geld zur Verfügung gestellt werden, damit sie gute Lösungen präsentieren können. Wahrscheinlich hat es der Gemeinderat einfacher Geld einzusparen, wenn ein Baukredit vorliegt. Stadtrat M. Gfeller plädiert dafür den Projektierungskredit nicht zu kürzen. Es ist üblich, dass solche Kredite nicht ausgeschöpft werden. Die Schlussabrechnung wird zeigen, ob mit einer intelligenten Projektierung die Baukosten reduziert werden konnten. In diesem Stadium ist eine Streichübung falsch. Zum Verkauf der Parzelle an der Unteren Vogelsangstrasse wird der Gemeinderat wahrscheinlich etwas zu sagen haben. Das steht jetzt aber nicht zur Diskussion. Der Stadtpräsident hat im Rahmen einer Fraktionserklärung bereits dazu Stellung genommen. Aus Sicht von Stadtwerk wird es einen Eigentumstransfer geben. Stadtwerk benötigt das Gebäude nicht mehr. Für diese Liegenschaft an sehr zentraler Lage haben sich bereits verschiedene Interessentinnen und Interessenten gemeldet – zum Beispiel eine internationale Schule. Auch intern sind Interessen angemeldet worden. Die Sachlage muss abgeklärt werden. Wenn der Kredit abgelehnt wird, verspielt man eine Chance, das Gebäude einer neuen Nutzung zuzuführen. Das wäre strategisch ein grober Fehler. Über den Verkauf der Liegenschaft kann in etwa zwei bis drei Jahren debattiert werden. Im Moment wäre ein Verkauf vielleicht ungeschickt, weil keine gute Lösung in Sicht ist. Der Stadtrat wird sich eine neue Nutzung gut überlegen. Die Lösung ist noch völlig offen. Stadtrat M. Gfeller bittet die Ratsmitglieder dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Antrag abstimmen, den Projektierungskredit um 125'000 Franken auf 850'000 Franken zu kürzen.

Der Rat lehnt den Kürzungsantrag mit 29 zu 26 Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Ablehnungsantrag der FDP abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrates zu und bewilligt einen Projektierungskredit von 975'000 Franken für die Umnutzung der Liegenschaft Schöntal mit 33 zu 17 Stimmen und 6 Enthaltungen.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2009/006: Antrag und Bericht zum WOV-Postulat S. Stierli (SP) betreffend Reaktion auf die Finanzkrise: Zusätzliche Lehrstellen in der Stadtverwaltung

S. Stierli (SP) dankt namens der SP-Fraktion für den Bericht zum WOV-Postulat. Im Postulat hat S. Stierli verlangt, dass der Stadtrat in der laufenden Budgetplanung für das Jahr 2010 mindestens 10 zusätzliche Lehrstellen plant. Diese Massnahme würde im Sommer 2010 wirksam. Danach könnte sie wieder eingestellt werden. Die Antwort des Stadtrates macht S. Stierli nicht ganz glücklich. Positiv ist, dass der Stadtrat einmal mehr zeigt, dass er ein grosses Herz hat für die Jugendlichen in Winterthur. Die Wirtschaftsprognosen sind düster. Das Staatssekretariat für Wirtschaft rechnet für das Jahr 2009 mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistungen um 2,2 %. Zudem wird mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet. Von dieser Entwicklung sind die Jugendlichen besonders betroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit hat allein im Februar 2009 um 3,2 % zugenommen. Im Vergleich zum Februar 2008 ist das ein Anstieg um 29 %.

Finden Jugendliche keine Lehrstelle ist die Gefahr gross, dass sie auf die schiefe Bahn geraten und das Leben nicht in den Griff bekommen. Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt scheint im Moment nicht dramatisch zu sein. Aber S. Stierli kennt viele Eltern, die sich Sorgen um die Lehrstellen ihrer Kinder machen. Als Politiker müssen die Ratsmitglieder vorausschauend handeln. Dazu gehört ein antizyklisches Verhalten des Staates. In Zeiten der Re-

zession muss investiert werden und zwar trotz leerer Staatskassen. Diese werden sich wieder füllen, wenn die Wirtschaft wieder anzieht. Winterthur kann einen kleinen Beitrag leisten indem die geplanten Investitionen realisiert werden. Die SP musste bisher jedes Jahr beanstanden, dass zu wenig geplante Investitionen realisiert wurden. Eine Offensive ist auch im Bereich Jugend zu starten. Das WOV-Postulat soll ein erster Schritt sein. Der Stadtrat unternimmt grosse Anstrengungen, um den Jugendlichen Ausbildungsplätze und Jobs zu vermitteln. Besonders erwähnenswert sind die 15 Attestausbildungsplätze, der externe Lehrstellenförderer des Departements Schule und Sport, die Fachstelle berufliche Grundbildung, die im Personalamt geplant ist aber auch die Praxis Lehrabgängerinnen und Abgängern den Vorzug zu geben, wenn Stellen neu zu besetzen sind.

Der Stadtrat kann aber noch mehr machen. Die Ausbildungsplätze an der MSW bieten vor allem Lehrstellen im technischen Bereich. Für diesen Sommer sind nur noch zwei Plätze frei. Auch die Attestausbildungsplätze sind auf handwerklich begabte Jugendliche ausgerichtet. Nach der Einschätzung von S. Stierli besteht bei den übrigen Lehrstellen noch Handlungsbedarf – vor allem bei den kaufmännischen Lehrstellen. Die Stadt bietet 225 Lehrstellen an, das ist eine beachtliche Zahl. Es liegt aber sicher noch mehr drin. Der Stadtrat kann ein Signal setzen, wenn er ab Sommer 2010 zusätzlich 10 Lehrstellen schafft. Die Stadt kann das durchaus finanzieren, es handelt sich um einen kleinen Beitrag. S. Stierli ist zufrieden, dass der Stadtrat dem Anliegen im Postulat positiv gegenübersteht und im Budgetprozess das Anliegen prüft. Das ist aber nicht ganz befriedigend, weil der Stadtrat nur prüft. Ganz zufrieden ist S. Stierli, wenn der Stadtrat die 10 Lehrstellen realisiert hat. S. Stierli beantragt vom Bericht im zustimmenden Sinne Kenntnis zu nehmen. Im Rahmen der Budgetberatung wird die SP prüfen, welche zusätzlichen Anstrengungen der Stadtrat für die Jugendlichen geplant hat und eventuell weitere Anträge stellen.

G. Bienz (CVP): Die CVP Fraktion hat sich in den vergangenen Jahren jeweils nach der Möglichkeit der Schaffung von Lehrstellen, insbesondere KV-Lehrstellen, erkundigt, wenn keine oder nur vereinzelte Lehrstellen in den Produktgruppen vorhanden waren, und wenn die Schaffung von Lehrstellen gemäss Arbeitsbereich der Produktgruppe möglich schien. Der Stadtrat klärte dann die Möglichkeit eines Ausbildungsplatzes in jenem Bereich ab, schuf, wenn möglich, entsprechende Ausbildungsplätze oder erklärte gut begründet, weshalb in jener Produktgruppe die Schaffung eines Ausbildungsplatzes nicht möglich ist. Sehr begrüsst hat die CVP Fraktion die im Frühling 2008 vom Stadtrat trotz fehlender Beteiligung des Kantons geschaffenen und finanzierten 15 Attestausbildungsplätze im Gastrobereich (Restaurant Römerpark). Wenn die CVP-Fraktion den vorliegenden Vorstoss nicht unterschrieben hat, dann deshalb, weil die Stadt sich bereits sehr bemüht, möglichst vielen jungen Leuten Ausbildungsplätze anzubieten. Dabei stösst sie aber aus folgenden Gründen an die Grenzen ihrer Möglichkeiten: Nicht jede Produktgruppe ist als Ausbildungsplatz geeignet. 2. Im KV-Bereich können nur Rotationslehrstellenplätze angeboten werden, was organisatorisch anspruchsvoll ist. 3. Als Berufsbildner geeignete städtische Angestellte müssen zuerst ausgebildet werden. 4. Die durch die Berufsbildnertätigkeit in Anspruch genommene Arbeitszeit von 10 bis 15 % muss ohne Stellenaufstockung kompensiert werden können. 5. Die Stadt möchte die von ihr ausgebildeten Jugendlichen nach Abschluss der Lehre behalten und von ihren erworbenen, teilweise sehr spezifischen Berufskennntnissen profitieren können. Nun möchte der WOV-Postulant aber im IAFP für das Jahr 2010 in den einzelnen Globalbudgets mindestens 10 zusätzliche Lehrstellen einführen. Die CVP-Fraktion erachtet diese Zahlvorgabe nicht als sinnvoll, da sie auf die Umstände und personellen Ressourcen der Produktgruppen zu wenig Rücksicht nimmt. Sie möchten qualitativ gute Ausbildungsplätze für junge Leute, nicht nur möglichst viele Ausbildungsplätze. Der Stadtrat möchte sich offenbar auch nicht auf diese Zahlvorgabe festlegen und erklärt sich im vorliegenden Bericht lediglich dazu bereit, bei der Erarbeitung des Budgets 2010 und den IAFP 2011 bis 2013 zu prüfen, in welchem Rahmen dem vorliegenden WOV-Postulat Rechnung getragen werden kann. Dies ist auch im Sinne der CVP, weshalb sie den stadträtlichen Bericht in zustimmendem Sinne zur Kenntnis nimmt.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Die Stossrichtung dieses WOV-Postulats ist sehr sympathisch. Jugendliche, die ihre Schulzeit absolviert haben, müssen sich nutzlos vorkommen, wenn sie keinen Ausbildungsplatz finden. Die Mitglieder der Grüne/AL-Fraktion sind erfreut, dass die Stadt Winterthur bereits jetzt viele Lehrlinge ausbildet. Es gibt aber nichts, das nicht noch verbessert werden könnte. Deshalb hätte sich die Grüne/AL-Fraktion vom Stadtrat verbindlichere Aussagen bezüglich des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) gewünscht. Der Postulant hat gefordert, dass verbindlich 10 Lehrstellen in den IAFP aufgenommen werden. Das ist nicht der Fall. Der Stadtrat will die Erhöhung der Anzahl Lehrstellen zuerst prüfen. Die Grüne/AL-Fraktion wird im Rahmen des Budgetprozesses den IAFP genau prüfen und nimmt im zustimmenden Sinn von der Antwort Kenntnis.

R. Isler (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht wohlwollend im zustimmenden Sinne zur Kenntnis. Es ist wichtig, dass Jugendliche nach der Schulzeit eine Lehrstelle finden. Es ist nicht schlecht, wenn der Staat Lehrstellen anbietet. So gross die Vorteile aber auch sind, es gibt auch Schattenseiten. Primär sollte es die Aufgabe des Staates sein gute Rahmenbedingungen für die KMU, die den grössten Teil Lehrstellenangebot anbieten, zu schaffen. Die Gefahr ist auch, dass Jugendliche bei der Stadt zwar ausgebildet werden – was R. Isler sehr begrüsst – nach der Lehre aber keine Festanstellung erhalten. Die Stadt versucht zwar mit Übergangslösungen den Abgang zu verzögern bis eine Stelle, eventuell auch ausserhalb der Stadtverwaltung, angetreten werden kann. R. Isler hat Kenntnis von vielen Lehrabgängern, die erneut ganz von vorne beginnen mussten. Es ist fraglich, ob das der Sache dienlich ist. Vor allem der Frust ist jeweils gross, zumal die jungen Menschen in diesem Alter auf eigenen Beinen stehen wollen. In dieser Situation braucht es einen Spagat. Der Stadtrat hat das richtig erkannt. Selbstverständlich würde die SVP einem gewissen Betrag zustimmen, um Lehrstellen zu schaffen. Vor allem für junge Leute ist es wichtig, dass sie nach der Lehre in einer ersten Phase im Lehrbetrieb weiter arbeiten können. Es ist ein grosser Frust, wenn die Auszubildenden wissen, dass von 6 Leuten lediglich 2 bleiben können. Die SVP ist einverstanden mit der Antwort des Stadtrates. Er will die Schaffung neuer Lehrstellen dementsprechend abwägen. Einfach neue Lehrstellen schaffen, ist zwar sehr sozial. Man muss die Sache aber zu Ende denken und sich fragen, was die jungen Leuten nach der Lehre machen. Einfach nur Stellen anzuhäufen, kann gefährlich sein und ist nicht im Sinne der SVP. Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die zufriedenstellende Stellungnahme zum WOV-Postulat betreffend zusätzliche Lehrstellen in der Stadtverwaltung. Die Fakten sprechen eine klare Sprache. Die Ausbildungsquote in der Stadtverwaltung beträgt bemerkenswerte 7,1 %. Bei der Stadt Winterthur werden 225 Jugendliche ausgebildet. Dazu kommen noch die 220 Jugendlichen die an der MSW zu Berufsleuten ausgebildet werden. Damit ist klar, die Stadt unternimmt viel, um Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen. Mehr noch, die Stadtverwaltung ist bereit, weiterhin nach Möglichkeit neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Auch das begrüsst die EVP/EDU/GLP-Fraktion. Trotzdem muss darüber diskutiert werden, dass die Stadt irgendwann an die natürliche Grenze in Bezug auf Zahl der Arbeitsplätze stossen wird. Auch in diesem Bereich ist kein unbegrenztes Wachstum möglich. Der Stadtrat schreibt richtig, dass sonst die Qualität der Ausbildung leidet. Die Zahl der Arbeitsplätze ist irgendwann erschöpft. Auch wenn die Stadt gerne möchte, irgendwann können keine weiteren Lehrstellen mehr angeboten werden. Es ist nicht möglich in Winterthur für alle Jugendlichen eine Lösung zu finden. Vor allem dann nicht, wenn die Stadtverwaltung bestrebt ist, möglichst vielen eine Anschlusslösung anzubieten. Genau hier stellen sich für die Grünliberalen Fragen. Der Stadtrat ist bestrebt den ausgebildeten Jugendlichen eine nahtlose Lösung anschliessend an die Lehre anzubieten. Ist es für die persönliche Entwicklung der jungen Menschen wirklich ein Vorteil, wenn sie nach der Lehre beim gleichen Arbeitgeber bleiben? Sollten diese jungen Menschen nicht den Weg hinaus in die Welt suchen? Ist nicht genau das ein wichtiger Schritt in die vollständige Selbstständigkeit. Wäre der Sache nicht besser gedient, wenn man anderen Lehrabgängerinnen und Abgängern eine Chance geben und ihnen einen Job in der Stadtverwaltung zur Verfü-

gung stellen würde? Die EVP/EDU/GLP-Fraktion nimmt im zustimmenden Sinne vom Bericht Kenntnis und dankt der Stadtverwaltung für das lobenswerte Engagement zugunsten der auszubildenden jungen Menschen.

P. Fuchs (SVP): Natürlich wäre es wünschenswert, wenn jeder Jugendliche und jede Jugendliche eine Lehrstelle finden könnte. Das Problem ist, Lehrstellen gibt es eigentlich genug aber oft nicht in den gewünschten Berufen. Die Stadt hat ein Sozialprojekt in der Gastronomie lanciert. P. Fuchs kennt einige Gastronomen, die Leuten aus diesem Projekt engagiert haben und das nie wieder tun werden. Diese Gastronomen haben P. Fuchs erklärt, dass diese Leute nichts Richtiges gelernt haben und auch nicht richtig arbeiten können. Das Problem von vielen Jugendlichen ist der fehlende Wille. Sie wollen zwar eine Lehrstelle aber arbeiten wollen sie nicht. Zudem sind viele nicht fähig eine Lehre zu machen, das war bereits früher so. Wenn der Gemeinderat etwas für die Jugendlichen machen will, dann muss in der Schule angefangen werden. Dann müssen Freundlichkeit, Ehrlichkeit und Anstand gelehrt werden. Damit ein Jungendlicher weiss, wie er sich benehmen muss. So einfach wäre das.

P. Kyburz (SP) gibt eine Rückmeldung aus seiner täglichen Arbeit. Im kaufmännischen Bereich ist er mit täglich steigenden Arbeitslosenzahlen konfrontiert und das überproportional im Bereich Jugendarbeitslosigkeit. Der Weg hinaus in die Welt bedeutet im Moment für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger der Weg in die Jugendarbeitslosigkeit. Es ist im Moment sinnvoll, wenn die Stadt möglichst alle Leute, die eine Lehre absolvieren, weiter beschäftigt, weil im Moment eine Alternative auch im kaufmännischen Bereich nicht vorhanden ist.

Stadtpräsident E. Wohlwend dankt den Ratsmitgliedern für die wohlwollenden und positiven Äusserungen zu den Bemühungen des Stadtrates in Sachen Lehrstellen und Attestausbildungen für Jugendliche. Es ist das Ziel des Stadtrates die Vorstellungen des Postulanten realisieren zu können. Der Stadtrat ist mit der Analyse der Situation einverstanden. Es ist etwas vom schwierigsten und vom schlimmsten für junge Menschen nach dem Schulabgang nichts zu finden. Der Stadtrat weiss aus Erfahrung, dass damit oft der Grundstein für schwierige Karrieren gelegt wird. Deshalb will der Stadtrat einen Beitrag leisten. Die Ratsmitglieder haben offensichtlich erkannt, dass er das so gut wie möglich umsetzen will. Im Laufe der letzten Jahre wurde das Lehrstellenkontingent überall erhöht. Die Stadtverwaltung stösst jetzt langsam an Grenzen. Stadtpräsident E. Wohlwend bittet die Ratsmitglieder ihren Einfluss in der Privatwirtschaft geltend zu machen und für die Schaffung von Lehrstellen zu werben. Viele Betriebe bilden Lehrlinge aus, dafür ist der Stadtrat dankbar. Es gibt aber auch Betriebe, die ihren Beitrag nicht im möglichen Umfang leisten. Das ist der Grund, dass der Stadtrat, wenn das möglich ist, bei den Vergaben die Frage der Lehrstellen als Ausschlagkriterium in die Submissionen einbezieht. Es gibt irgendwo aber auch einen Grenznutzen. Nicht allein die Quantität darf eine Rolle spielen, die Qualität ist ebenso wichtig. Es handelt sich nicht nur um ein finanzielles Problem. Wichtig ist, dass eine gute Betreuung sichergestellt werden kann.

M. Zeugin hat gefragt, ob es nicht wichtig wäre nach der Lehre auch auswärtige Bewerberinnen und Bewerber zu berücksichtigen. Kurz vor den Sommerferien entlässt der Stadtpräsident die Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger mit einem Handschlag ins Berufsleben und erklärt ihnen, dass sie einen Zwischenschritt gemacht haben. Sie haben viel gelernt aber eigentlich ist das Lernen nicht fertig. Das geht immer weiter. Dabei gibt es auch Jugendliche, die vielleicht tatsächlich hinaus ins Leben müssen – man kann nicht alle über einen Leisten schlagen. Die Stadt bietet den Interessierten eine Stelle an, wenn das möglich ist. Die Lehrabgänger werden aber durchaus auch ermutigt Lehr- und Wanderjahre einzuschalten und als Person zu reifen. Letztlich hat man nie ausgelernt. Der Stadtrat wird im Rahmen des Budgets prüfen, welche Lehrstellen geschaffen werden können. Den Ratsmitgliedern bleibt es unbenommen in den Produktgruppen kritische Fragen zu stellen.

Ratspräsident W. Langhard stellt fest, dass der Rat im zustimmenden Sinn die stadträtliche Antwort zu Kenntnis genommen hat. Damit ist das WOV-Postulat als erledigt abgeschlossen.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2008/026: Beantwortung der Interpellation P. Kyburz betreffend „Verkehrssicherheit im Gebiet Wässerwiesen-/Johannes Beugger-Strasse“

P. Kyburz (SP) bedankt sich im Namen der SP-Fraktion für die Beantwortung der Interpellation. Er bedankt sich insbesondere dafür, dass die Tempo 30 Zone im Wohnquartier realisiert worden ist. Die provisorische Siganlisation wurde so schnell eingerichtet, dass P. Kyburz das Gefühl hatte, es habe nichts mit seiner Interpellation zu tun gehabt. Diese Interpellation hat vor allem die Sicherung der Schulwege und die Sicherung der Orte an denen sich viele Kinder aufhalten zum Ziel. P. Kyburz zitiert aus der Interpellationsantwort: „Das Unfallgeschehen lässt keine speziellen Handlungsbedarf erkennen, auch wenn eine gewisse Anzahl Ereignisse vorliegen.“ P. Kyburz hat sich vorgestellt vor einer Flugreise im Kleingedruckten der Swiss diese Bemerkung zu lesen. Das würde niemand akzeptieren. Im Bereich Flugverkehr wird 100 % Sicherheit erwartet, obwohl das nicht erreichbar ist. Man erwartet aber, dass eine Fluggesellschaft alles unternimmt, um die Sicherheit zu erhöhen. P. Kyburz ist realistisch genug, um das nicht für den ganzen Strassenverkehr zu fordern. Aber er fordert es für die Bereiche in denen sich Kinder aufhalten – in der Nähe von Schulen, Schwimmbädern und Kindergärten. Da muss die Stadt mehr im Bereich Sicherheit investieren. Das ist der Grund, warum P. Kyburz mit der Interpellationsantwort betreffend dem Anliegen das Tempo auf der Wässerwiesenstrasse zu senken nicht einverstanden ist. Die Wässerwiesenstrasse ist gemäss Interpellationsantwort 8 Meter breit und führt durch ein dicht besiedeltes Wohngebiet. Im Fachbegriff werden solche Strassen leere Strassen genannt. Links und rechts stehen keine parkierten Autos, links und rechts befindet sich ein Trottoir, auf den ersten Blick erscheint die Strasse relativ übersichtlich und führt mehr oder weniger geradeaus. Selbst anständige Autofahrer fahren auf diesen Strasse tendenziell zu schnell. Man kann ihnen dafür keinen Vorwurf machen. Die Strasse suggeriert Breite und man ist sehr schnell mit 55 oder 60 Stundenkilometer unterwegs. Bereits 50 Stundenkilometer sind, wenn Kinder unterwegs sind, deutlich zu schnell. An der Wässerwiesenstrasse befinden sich Kindergärten und Schulhäuser. Deshalb ist P. Kyburz mit der Antwort nicht einverstanden. Der Stadtrat schreibt, dass auf Hauptverkehrsstrassen in der Regel Tempo-30-Zonen nicht zulässig sind. Als zweites Argument hat der Stadtrat die Buslinie genannt, die durch die Wässerwiesenstrasse führt. Der Bus ist aber durchaus in der Lage Stundenkilometer zu fahren. Die Bauweise der Brücke wurde von P. Kyburz in der Interpellation ebenfalls aufgegriffen. Wenn man auf diese Brücke zufährt, erinnert sie im ersten Augenblick an die wunderschöne Brücke im Verzascatal. Der Brückenbogen ist sehr hoch. Der Nachteil dieser Bauweise ist, dass die Sicht auf das Verkehrsgeschehen versperrt ist. Erst auf der Brücke, kurz vor dem Hindernis, kann man sehen, ob sich Menschen auf der Brücke befinden. Natürlich ist klar, dass das Tempo gesenkt werden muss. Grundsätzlich sollten Brücken aber so gebaut werden, dass keine zusätzliche Behinderung der Sicht entsteht. Vielleicht wurde diese Brücke aus statischen Gründen so gebaut. Was aber nicht nötig ist, dass der separate Weg für Velos und Fussgänger vollständig zugebaut wird. Es ist unverständlich, dass ein solches Sichthindernis gebaut wurde. P. Kyburz zeigt die Situation anhand von Bildern. Diese Sichtbehinderung ist aus Sicht der Verkehrssicherheit nicht sinnvoll. P. Kyburz fordert den Stadtrat auf, bei Bauprojekten mehr für die Sicherheit zu tun und den Weg weiter zu gehen, den er zum Beispiel an der Scheideggstrasse eingeschlagen hat. An dieser Strasse wurde eine Tempo-30-Zone eingerichtet. P. Kyburz fährt selber gerne mit dem Auto. Es ist aber kein Nachteil, wenn er im Bereich von Schulhäusern nur mit 30 Stundenkilometer fahren kann. Diesen sogenannten Zeitverlust nimmt er gerne in Kauf. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

R. Werren (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Frage 1: Der Stadtrat hat Verbesserungen realisiert. Frage 2: Die Wässerwiesenstrasse ist eine Hauptverkehrsachse, rechtlich kann dort keine Tempo-30-Zone eingerichtet werden. P. Kyburz hat sehr viel erreicht. Der Stadtrat hat Tempo 30 eingeführt. Vielleicht kann Stadtrat M. Künzle diese Überraschung erklären. Die Mitglieder der FDP fragen sich, ob die Durchfahrtsmög-

lichkeit ins Quartier Schlosstal zu Recht geschlossen wurde. Es würde die FDP interessieren, wie viele diesen Schleichweg benutzt haben oder ob Einzelinteressen für die Schliessung massgebend waren.

W. Schurter (CVP): Die CVP dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis. Die Verkehrssicherheit, insbesondere die Schulwegsicherheit, muss eine hohe Priorität haben. Deshalb ist das auch ein zentrales Anliegen des Stadtrates. Die heutige Verkehrsführung ist gemäss Interpellationsantwort eine Übergangslösung und entspricht somit noch nicht dem Endzustand. Die CVP geht davon aus, dass der Stadtrat in der weiteren Verkehrsentwicklung in diesem Gebiet aber auch in Bezug auf die Quartiere Härte und Schlosstal den Forderungen nach einer erhöhten Verkehrssicherheit und einer optimalen Verkehrsführung, vor allem auch bei der Johannes Beutler Brücke, im Sinne der Interpellationsfragen weiterhin grosse Beachtung schenkt. Dass dabei die entsprechenden Normen eingehalten werden, ist selbstverständlich.

J. Lisibach (SVP) dankt W. Schurter für sein Votum, das den Rat aufgeweckt hat. Die Brücke ist nach den gängigen Normen gebaut worden. Man kann davon ausgehen, dass es so sein muss. Tempo-30-Zone an der Wasserwiesenstrasse ist nicht möglich. Es handelt sich um eine Hauptverkehrsachse. Man darf nicht vergessen, dass sich die Kinder daran gewöhnen sollen, dass man Auto fahren darf.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) ist mehrheitlich zufrieden mit der Antwort. Einziger Kritikpunkt ist die Beibehaltung von Tempo 50 an der Wasserwiesenstrasse. An dieser Strasse befinden sich Schwimmbäder, Kindergärten und Schulhäuser. Viele Velofahrer und Kinder sind auf dieser Strasse unterwegs. Es würde sich gut machen, wenn eine Tempo-30-Zone eingerichtet würde. Die Autofahrer können ruhig etwas langsamer fahren. Es ist nicht einzusehen, warum Tempo 30 nicht möglich sein soll.

Stadtrat M. Künzle: Der wichtigste Satz in dieser Interpellationsantwort ist die Antwort zur Frage 1. Der Stadtrat schreibt, dass die Verkehrssicherheit ein zentrales Anliegen der städtischen Verkehrspolitik ist. Die Stossrichtung der Interpellation von P. Kyburz hat Stadtrat M. Künzle aufgenommen. Die Stadt muss sich bezüglich Verkehrssicherheit nichts vorwerfen lassen. Es werden Lotsendienste organisiert, auch an der Wasserwiesenstrasse. Die Stadt Zürich hat keinen Lotsendienst. Die Verkehrsinstruktoren weisen die Kinder auf die Gefahren auf dem Schulweg hin und gehen auf Wunsch der Eltern auch auf individuelle Anliegen ein. Die Stadt verfügt über ein gutes System.

Die Wasserwiesenstrasse ist im Verkehrsplan als regionale Nord/Süd-Verbindung im Westen der Stadt eingetragen. Die Belastung ist mit 500 Fahrzeugen in Spitzenstunden nicht allzu gross. In der Unfallstatistik sind einige Ereignisse aufgezeichnet. Die Stadtpolizei hat jeweils mit Signalisationen, Markierungen oder mit Lotsendiensten darauf reagiert. Jedes Jahr werden in der ganzen Stadt die Schulwege überprüft, weil sich im Umfeld immer wieder Änderungen ergeben. Seit dem August 2008 sind keine Umfallereignisse mehr zu verzeichnen, jedenfalls keine, die der Stadtpolizei bekannt sind. Das Quartier ist noch nicht fertig gebaut, das ist richtig. Die Stadtpolizei überprüft deshalb immer wieder das Verkehrsregime. Verbesserungen sind in einem gewissen Rahmen möglich. Signalisationen und Markierungen können verbessert werden und die Stadt kann einen Lotsendienst einführen. Für eine Tempo-30-Zone müsste ein Verkehrsgutachten erstellt werden. Weil es sich um eine Hauptverkehrsachse handelt und eine Buslinie durch die Wasserwiesenstrasse führt, sieht Stadtrat M. Künzle keine Chance für eine Tempo-30-Zone. Die Konstruktionsweise der Brücke wurde von Fachleuten geplant und es waren ebenfalls Fachleute der Stadtpolizei und der Verkehrsplanung, die die Situation geprüft haben, nachdem Vorwürfe erhoben worden sind. Eine signalisierte Höchstgeschwindigkeit ist nicht Pflicht. Wenn man nichts sieht, muss das Tempo reduziert werden. Die Fachleute haben nichts an der Brücke auszusetzen. Die Stadtpolizei überprüft aber die Wasserwiesenstrasse sehr genau, nicht zuletzt aufgrund des Vorstosses von P. Kyburz.

Ratspräsident W. Langhard: Mit diesem Votum ist die Interpellation als erledigt abgeschlossen.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2008/080: Begründung der Motion P. Rütimann (FDP), J. Lisibach (SVP) und U. Dolski (CVP) betreffend Einführung eines kommunalen Ordnungsbussenverfahrens

P. Rütimann (FDP): Die Allgemeinen Polizeiverordnung (AGP) enthält eine Vielzahl von Übertretungsvorschriften, die kaum sanktioniert werden. Es ist erstaunlich, was gemäss AGP alles bestraft werden könnte. Es geht nicht darum möglichst viele Straftatbestände zu bestrafen sondern darauf hinzuweisen, dass in der Polizeiverordnung vieles aufgeführt ist, das nicht sanktioniert wird, weil es zu kompliziert wäre. Um nämlich zu sanktionieren, muss die Stadtpolizei eine Übertretung verzeigen und einen Rapport schreiben. Später wird das Polizeirichteramt darüber entscheiden. Da die Polizei besseres zu tun hat, als Übertretungen zu rapportieren und zur Anzeige zu bringen, gibt es nur wenige Anzeigen. Man kann jetzt sagen, dieses Opportunitätsprinzip macht Sinn in einer Stadt wie Winterthur. P. Rütimann ist da aber anderer Ansicht. Er wird noch darauf zurückkommen.

Die Strafprozessordnung sieht ein gemeinderechtl. Ordnungsbussenverfahren vor. Das heisst, wenn jemand gegen die Polizeiverordnung verstösst und den Straftatbestand anerkennt, kann er die Busse direkt bezahlen und erhält eine Quittung. Mit der Bezahlung wird die Busse rechtskräftig. Das hat den Vorteil, dass der Ablauf vereinfacht wird. Das hat zur Konsequenz, dass ein Straftatbestand geahndet wird. Das rechtliche Gehör und die Verteidigungsrechte werden nicht beschnitten, weil der Bestrafte den Straftatbestand oder die Busse nicht anerkennen muss. In diesem Fall wird die Polizei die Übertretung verzeigen und der normale Weg wird eingehalten. Das Ordnungsbussenverfahren hat sich im Strassenverkehr sehr gut bewährt. An sich könnte der Stadtrat ein Ordnungsbussenverfahren einführen und braucht dazu keinen Auftrag des Gemeinderates. Das ist P. Rütimann bekannt. In der Praxis ist es aber häufig so, dass im Kanton Zürich in den Polizeiverordnungen auf ein Ordnungsbussenverfahren hingewiesen wird. Es scheint auch sinnvoll, das in Winterthur einzuführen, handelt es sich doch um einen grundsätzlichen Entscheid, der in die Rechte des Bürgers eingreift. Es ist deshalb sinnvoll, wenn der Gemeinderat die Oberaufsicht behält und das Ordnungsbussenverfahren mit einem entsprechenden Artikel in der Polizeiverordnung geregelt wird. Es wäre sinnvoll, wenn der Stadtrat einen Bussenkatalog erstellen und der entsprechenden Sachkommission vorstellen und mit den Kommissionsmitgliedern besprechen würde, geht es doch dabei um einen Eingriff in die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger geht. P. Rütimann wurde vorgeworfen, dieser Vorstoss sei unliberal und ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Polizeistaat. Tendenziell werden mehr Bussen ausgesprochen und es wird mehr bestraft und verfolgt. Auf diesen möglichen Vorwurf möchte P. Rütimann eintreten. Als Liberaler ist der Auffassung, dass grundsätzlich alle gleich behandelt werden sollten. Wenn ein Straftatbestand in der Allgemeinen Polizeiverordnung steht, sollte er auch sanktioniert werden, falls das nicht möglich ist, sollte er abgeschafft werden. Lieber ein Gesetz weniger, dafür werden die bestehenden eingehalten. Ein barockes Gehalt von Straftatbeständen, die nie oder nur zufällig sanktioniert werden, ist nicht sinnvoll. P. Rütimann wünscht sich eher weniger Straftatbestände, die dafür konsequent verfolgt werden können. Als Liberaler möchte er, dass die staatliche Haltung voraussehbar ist. Wenn er weiss, dass ein bestimmtes Verhalten eine Busse nach sich zieht, dann ist das vorhersehbar und nicht von der Laune oder der Vorstellung des Strafenden abhängig sondern von einem Katalog, den die Ratsmitglieder mit festgelegt haben. P. Rütimann wünscht sich eine schlanke effiziente Verwaltung, die sich auf die wichtigen Aufgaben konzentriert, nämlich auf die Sorge um die Sicherheit. Das Verteilen von Bussen soll eine Nebenbeschäftigung sein, die zur Arbeit gehört und einfach erledigt werden kann, damit die Polizei sich auf das Wesentliche konzentrieren kann. Sollte ein Alternativer im Rat einen Ablehnungsantrag stellen, möchte P. Rütimann ihn daran erinnern, dass diese Verfahren weniger Kosten verursacht. Es gibt nur die Busse und keine

Schreibgebühren. Der Name wird nicht registriert. Das ist auch ein Aspekt. Man kann die politische Auffassung von P. Rütimann teilen oder nicht. Das Ordnungsbussenverfahren ist einfach und effizient und erleichtert die Polizeiarbeit und ist auch für die Bürgerinnen und Bürger leichter zu handhaben.

J. Lisibach (SVP) zeigt einen Ordnungsbussenzettel. Einen solchen Bussenzettel würde die Polizei bei einer Übertretung ausstellen, wenn ein Ordnungsbussenverfahren eingeführt würde. Nach der Einführung würden im Falle einer Übertretung keine Schreib- und Spruchgebühren durch den Polizeirichter anfallen. Vielmehr gibt es dazu nicht zu sagen. Das ordentliche Verfahren ist nicht ausgeschlossen, wenn jemand darauf besteht, kann auch ein ordentliches Strafverfahren durchgeführt werden – mit allen Folgen. Billiger, besser, kaufen Sie es!

U. Dolski (CVP): Wie bereits im kürzlich überwiesenen Postulat „Sauberkeit im Stadtraum“ festgehalten, setzt die CVP-Fraktion auf die Ergänzung der Allgemeinen Polizeiverordnung mit einer Vorlage für ein kommunales Ordnungsbussenverfahren inklusive Bussentarif. Eine Vereinfachung der sehr aufwändigen Sanktionierung drängt sich auf. Heute sind Verzeigungen zwar möglich aber sehr kompliziert. Dass Bussen für kleinere Verfehlungen nicht direkt eingezogen werden können, wie das im Strassenverkehr der Fall ist, ist nicht erklärlich. U. Dolski bittet die Ratsmitglieder, die Motion zu unterstützen.

D. Berger (AL) stellt einen Ablehnungsantrag. Er hat sich mit diesem Geschäft schwer getan. Von einem technokratischen Standpunkt aus gesehen, ist diese Idee nicht schlecht. Wer ein kleines Vergehen begeht, wird auf der Stelle gebüsst und kommt nicht in die Mühlen des Polizeirichteramtes, des Gerichts usw. Unter dem Strich spart die Stadt Kosten. Auch in der AL sind die Meinungen geteilt. Das Problem ist, vor allem wenn man die Bestrebungen der einzelnen Parteien analysiert, ein Ordnungsbussenverfahren weckt Begehrlichkeiten. Mangelnde Sauberkeit, Spucken etc. werden als störend empfunden. Wenn ein Verfahrenskatalog erstellt wird, weckt das die Hoffnung, dass dieser erweitert werden kann, das wiederum hat zur Folge, dass immer häufiger gebüsst wird. Das ist eine Konsequenz des Ordnungsbussenverfahrens – es wird schneller eine Busse ausgesprochen. D. Berger befürchtet nicht, dass die Stadtpolizei wirklich jedes Vergehen mit einer Busse ahnden würde. Das ist nicht möglich. Aber es weckt Begehrlichkeiten. D. Berger graut es vor einer Sittenpolizei, die jeder kleinen Übertretung nachrennt. Er kann sich gut vorstellen, dass das für viele Politiker eine Idealvorstellung ist. In einigen Städten in Deutschland wurden diese Aufgaben an Zivilpersonen übergeben – ähnlich dem Outsourcing des ruhenden Verkehrs. Diese Kontrolleure patrouillieren in der Stadt und büssen Leute, die Zigaretten auf den Boden werfen mit 50 Euro. Das ist nicht die Stadt, in der D. Berger leben will. Er malt jetzt zwar den Teufel an die Wand. Viele Ratsmitglieder, die dieser Motion zustimmen, machen das aus demokratischen Überlegung und nicht weil sie hoffen, noch mehr Vergehen in den Katalog aufnehmen zu können. D. Berger ist aber nicht bereit das Risiko mitzutragen und mit einem Ja zu diesem Geschäft an einem negativen Resultat mitschuldig zu sein. Er stellt deshalb einen Ablehnungsantrag und hofft, dass andere Ratsmitglieder ihn unterstützen.

N. Gugger (EVP/EDU/GLP) bewundert den Mut von D. Berger. N. Gugger hat bei der Entstehung der Allgemeinen Polizeiverordnung (APV) mitgeholfen. Er hat zwei Fragen an P. Rütimann und J. Lisibach. Warum soll man jetzt auf den billigen Jakob herein fallen, weil es einfacher ist über ein Ordnungsbussenverfahren Übertretungen zu ahnden? D. Berger hat bereits die Nachteile aufgezeigt. Als die APV erstellt wurde, hatten alle Mitwirkenden die Möglichkeit, ein Ordnungsbussenverfahren in die Verordnung aufzunehmen. Man wollte aber sehr liberal sein. Gerade die FDP hat es abgelehnt Artikel über Littering, Lärm oder Bussenverfahren in die Verordnung aufzunehmen. P. Rütimann ist seit 1994 im Gemeinderat. N. Gugger staunt, dass P. Rütimann, als versierter Anwalt, dieses Anliegen nicht bereits früher eingebracht hat. Im Weiteren stellt sich die Frage der Begehrlichkeiten auf die D. Berger bereits hingewiesen hat. Die Ratsmitglieder müssen sich genau überlegen, was hinter dieser Motion steckt. Diese Motion garantiert nicht, dass die von D. Berger erwähnten Begehrlich-

keiten in einem strukturierten Rahmen gehalten werden. Die EVP wird deshalb den Ablehnungsantrag unterstützen.

M. Ott (SP): Eine Mehrheit der SP-Fraktion wird die Erheblicherklärung dieser Motion unterstützen. Das aber nicht mit Begeisterung sondern weil die Mehrheit der Fraktion wissen will, welchen Vorschlag der Stadtrat vorlegen wird. Erst dann wird die SP inhaltlich entscheiden, ob sie dem Bussenkatalog zustimmt oder nicht. Das Ordnungsbussensystem ist den meisten Ratsmitgliedern bekannt. Es könnte tatsächlich sein, dass das einfachere Bussensystem in gewissen Bereichen die Effizienz erhöhen könnte ohne dass Rechtssicherheit und Rechtsschutz übermässig strapaziert werden. Es ist bemerkenswert, wie viele Verbote in der APV stehen. Die Mitglieder der SP-Fraktion können sich vorstellen, dass ein Ordnungsbussensystem im Bereich Littering Sinn machen könnte. Im Artikel 29, Abs. 2 steht, dass Zuwiderhandelnde neben der Busse auch die Reinigungs- und Instandstellungskosten zu bezahlen haben. Wenn jemand auf frischer Tat beim Wegwerfen von Abfällen ertappt wird und so die Identität festgestellt werden kann, kann es Sinn machen, wenn diese Person für das Littering bezahlen muss. Ähnliches gilt für weitere Regeln im Zusammenhang mit der Sauberkeit auf öffentlichem Grund – Take Away Betriebe, Fahrzeug auf öffentlichem Grund etc. Auch das Meldewesen – zu Beispiel die Pflicht einen Umzug spätestens nach 10 Tage melden – würde sich für dieses System eignen. Die Artikeln 23 und 37 enthalten Vorschriften über das Schneiden von Sträuchern und Bäumen, damit diese nicht in den öffentlichen Grund ragen. Das könnte sich ebenfalls eignen.

Eine ganze Reihe von Vorschriften dürfen aber nicht im Ordnungsbussensystem sanktioniert werden, weil diese Fälle aus Gründen des Rechtsschutzes zu heikel sind. Es ist nicht so, wie im Vorstoss formuliert, dass Ordnungsbussenverfahren nur dann zur Anwendung kommen, wenn der Fehlbare den Sachverhalt anerkennt. Das ist im Strassenverkehr auch nicht der Fall. Mit dem Ordnungsbussensystem wird eine Busse ausgesprochen und der Betroffene muss sich wehren, wenn er nicht einverstanden ist. Zu sensibel für ein vereinfachtes System via Bussenblock sind beispielsweise die Vorschriften in Artikel 11 und 12, die Verpflichtungen des Bürgers gegenüber der Polizei enthalten. In der Polizeiverordnung steht, dass man den polizeilichen Anordnungen Folge leisten muss und sie beinhalten ein Verbot, die polizeiliche Arbeit zu stören. In diesen Bereichen ist die Polizei selber Partei und es geht nicht an, dass die Polizei mit dem Bussenzettel sanktionieren kann. In diesen Fällen braucht es eine umfassende Abklärung. Auch beispielsweise bei Lärmverboten, kann das Ordnungsbussenverfahren nicht akzeptiert werden, weil die Gefahr gross ist, dass Denunziantentum belohnt wird, wenn auf eine einfache Anzeige hin eine Busse ausgesprochen werden kann. Dieses Verfahren kann ganz bestimmt nicht bei einem Verstoss gegen den allgemeinen Paragraphen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung angewendet werden. Das ist eine allgemeine und auslegungsbedürftige Bestimmung und eine Strafe ist nur akzeptabel, wenn sorgfältig und konkret untersucht wurde. Aus technischen Gründen eignen sich auch die Umweltschutz und Luftreinhaltebestimmungen nicht. Die Mehrheit der SP-Fraktion verschliesst sich nicht der Möglichkeit das Anliegen zu prüfen. Sie wird aber einem allgemeinen Katalog über die ganze Polizeiverordnung nicht zustimmen und erwartet vom Stadtrat einen zurückhaltenden Vorschlag, der den Sensibilitäten betreffend Rechtsschutz Rechnung trägt. Die SP wird dann Stellung nehmen, wenn der Vorschlag auf dem Tisch liegt. Eine Minderheit der SP-Fraktion schliesst sich dem Ablehnungsantrag der AL an.

A. Ramsauer (Grüne) spricht für den Teil der Grün/Alternativen, der ausnahmsweise nicht so alternativ ist, dass sie den Ablehnungsantrag unterstützt. Gleichzeitig will die Mehrheit der Grüne/AL-Fraktion die Motion erheblich erklären. Zum Teil mit ähnlichen Bedenken, wie sie M. Ott erwähnt hat. Die Mehrheit der Fraktion findet es sinnvoll, dass Ordnungsbussen transparent und einfach ausgesprochen werden können und dass die Gebühren im Verzeihungsverfahren entfallen. Wichtig ist aber, dass der Bussenkatalog vom Gemeinderat festgelegt wird. Vor den Begehrlichkeiten fürchten sich die Mitglieder der Grüne/AL-Fraktion weniger. Der Gemeinderat hat es in der Hand, die liberale Haltung weiterzuführen und dafür zu sorgen, dass nicht über die Stränge geschlagen wird. Es ist am Gemeinderat, den Bedenken Rechnung zu tragen. Im Einzelnen möchte A. Ramsauer nicht auf die Regelungswut einge-

hen. Er teilt die Ansicht von P. Rütimann, dass es sinnvoller wäre, sich auf die Normen zu konzentrieren, die auch vollzogen werden können. Da sind sich sicher alle einig, dass man von diesem Ideal sehr weit weg ist. Aber das Ordnungsbussenverfahren ist ein Schritt zur Schaffung von Transparenz. In erster Linie handelt es sich um ein bürgerfreundliches Mittel Bagatellverstösse zu ahnden und führt rechtstheoretisch weg von der Kriminalisierung von Bagatelldelikten hin zu einem blossen Gebührenverfahren. In Deutschland werden diese Verstösse nicht mehr im Rahmen der Kriminaljustiz beurteilt. Der Einzelne wird nicht mehr registriert, wenn er die Busse bezahlt hat. Das heisst er könnte auf gewissen Gebieten anonym delinquieren. Diese Vorstellung könnte gewissen Leuten in der AL sicher gefallen, falls sie die Kosten der Busse bezahlen können. Es handelt sich um eine Entkriminalisierungsstrategie. Ob rascher gebüsst wird, ist fraglich. Auf einem Ordnungsbussenzettels muss doch einiges ausgefüllt werden. Die Funktionärinnen und Funktionäre werden sich, zum Beispiel bei einer Lärmklage, vor Ort Überlegen, ob sie einen Bussenzettel ausfüllen wollen und zuerst eine Mahnung aussprechen. Das Ordnungsbussenverfahren ist auch eine Möglichkeit Mittel einzusparen. Diese polizeilichen Mittel könnten in die Prävention und Bekämpfung der Kriminalität investiert werden.

R. Keller (SVP): Im Rat herrscht offenbar auch Unwissenheit in Bezug auf Ordnungsbussenverfahren. Ein Ordnungsbussenverfahren kann jederzeit abgelehnt werden. In diesem Fall wird ein Verzeigungsrapport erstellt. Von der SP wird das Ordnungsbussenverfahren in Bezug auf Ruhe und Ordnung abgelehnt. Bereits heute werden diese Verstösse im Ordnungsbussenverfahren erledigt. Das System bringt eine Vereinfachung und es können Unkosten eingespart werden. Zudem können Ordnungsbussen anonym erledigt werden. Der Bussenzettel ist zudem schnell ausgefüllt. Es ist nicht so, dass die Polizei im Bereich APV untätig ist, weil der Aufwand zu gross ist. Es werden sehr viele Verzeigungen geschrieben. Das Polizeirichteramt könnte entlastet werden, wenn Verstösse gegen einzelne Artikel der APV im Ordnungsbussenverfahren sanktioniert werden könnten.

P. Rütimann (FDP): Wenn das Ordnungsbussenverfahren zur Entrümpelung der APV führen würde, wäre das kein schlechter Nebeneffekt. Zudem würde sicherlich das Gegenteil dessen eintreten was M. Ott befürchtet. An sich kann der Stadtrat auch ohne den Gemeinderat ein Ordnungsbussenverfahren einführen. Er hat die Kompetenz und er hat auch die Kompetenz einen Bussenkatalog zu erstellen. Mit diesem Vorstoss gibt der Gemeinderat dem Stadtrat einen Auftrag. Damit kann der Gemeinderat die Vorschläge des Stadtrates kontrollieren und hat damit das Geschäft eher in der Hand, als wenn der Stadtrat in eigener Kompetenz handeln würde. Damit ist auch eine gewisse demokratische Kontrolle gegeben. Nicht, dass die FDP kein Vertrauen in den Stadtrat hätte aber es ist besser, wenn das Ordnungsbussenverfahren demokratisch legitimiert ist. Das gibt dem Rat die Möglichkeit mitzureden und dem Stadtrat die Möglichkeit sich demokratisch abzusichern. Begeisterung für das Ordnungsbussenverfahren ist nicht nötig – Verständnis ist genug. Es geht darum ein effizientes Verfahren einzuführen, damit die Polizei entlastet wird. Strafen auszusprechen, ist eine hoheitliche Tätigkeit und darf nicht verharmlost werden. P. Rütimann würde sich freuen, wenn sich die Mehrheit der Ratsmitglieder dieser Motion anschliessen könnte.

J. Lisibach (SVP): Ein Ordnungsbussenverfahren kann jederzeit abgelehnt werden. Man kann dann ein ordentliches Verfahren verlangen. Wenn der Polizist eine Verzeigung schreiben muss, hält er sich in dieser Zeit im Büro auf. Wenn ein Verstoss innerhalb von 5 Minuten vor Ort erledigt werden kann, ist das ein Vorteil.

Stadtrat M. Künzle: Der Stadtrat wehrt sich nicht gegen die Überweisung dieser Motion, weil er bereits seit Jahren an die Einführung eines Ordnungsbussenverfahrens gedacht hat. Nur steht es auf der Prioritätenlisten der Stadtpolizei nicht zu oberst. Der Stadtrat hat das aber ins Auge gefasst. In Sachen Verfahrensökonomie wäre das Ordnungsbussenverfahren durchaus ein Vorteil. Das Verfahren würde vieles vereinfachen und der Entkriminalisierung dienen. Gegen die Angst, dass hinter jedem Baum ein Polizist mit dem Bussenblock steht, kann Stadtrat M. Künzle sagen, dass es in Winterthur bei weitem mehr Bäume gibt als Polizisten.

Es ist heute bereits so, dass die Stadtpolizei Augenmass bewahrt in Bezug auf Verstösse. Oft werden Gruppen von Leuten einfach weggeschickt, wenn Lärmklagen eingehen. Das Ordnungsbussenverfahren würde wirklich eine Vereinfachung bringen. Die Einzelheiten wird der Stadtrat in der Sachkommission Soziales und Sicherheit diskutieren. Diesen Stil pflegt der Stadtrat seit Jahren.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Ablehnungsantrag abstimmen.

Der Rat stimmt der Überweisung der Motion mit grosser Mehrheit zu.

Bürgerrechtsgeschäfte

Ratspräsident W. Langhard begrüsst die Gäste auf der Tribüne und heisst sie herzlich willkommen.

1. B2007/157: Halili geb. Ademi Sulltone, geb. 1967, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

H. Iseli (EVP/EDU/GLP): Der Gesuchsteller wurde bereits früher um ein Jahr zurückgestellt. Damals wie heute war sein Wissen mangelhaft. Die Mitglieder der Bürgerrechtskommission haben festgestellt, dass er auch diesmal nicht mehr gewusst hat – eher weniger als bei der letzten Befragung. Deshalb erhält Herr Halili erneut die Chancen zu lernen. Die Bürgerrechtskommission beantragt die Rückstellung um 1 weiteres Jahr. H. Iseli bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zu folgen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um 1 weiteres Jahr.

2. B2008/147: Limani Dilber, geb. 1860 und Ehefrau Limani geb. Brava Arzije, geb. 1960, mazedonische Staatsangehörige

Ratspräsident W. Langhard: Die Bürgerrechtskommission beantragt eine Teilung des Gesuchs.

P. Dennler (SP): In diesem Fall wird erstmals die bundesgerichtliche Praxis angewandt, dass bei der Einbürgerung eines Ehepaars beide Ehegatten die Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllen müssen. Im Falle des Ehepaars Limani fehlen der Ehefrau die sprachlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung. Das Ehepaar hat sich für die Teilung des Gesuchs entschieden. Der Herr Limani wird aufgenommen, Frau Limani wird um ein Jahr zurückgestellt. Dieser Antrag ist mit der Hoffnung verbunden, dass er Antragsteller seiner Ehefrau ermöglichen wird einen Sprachkurs zu besuchen. Der Gesuchsteller ist sehr krank und benötigt Tag und Nacht Betreuung. Er wird sich dazu bereit finden müssen, der Gesuchstellerin diesen Sprachkurs zu ermöglichen. P. Dennler bittet die Ratsmitglieder, den Vorschlägen der Bürgerrechtskommission zu folgen.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst Limani Dilber ins Bürgerrecht aufzunehmen und Limani geb. Brava Arzije um ein Jahr zurückzustellen.

3. B2008/206: Kallweit Paul Horst Gert, geb. 1952, deutscher Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

4. B2008/207: Nuachampit Jantima, geb. 1985, thailändische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

5. B2008/220: Dowling Terence, geb. 1932, britischer Staatsangehöriger

Rückzug des Gesuchs

6. B2008/221: Duarte Edmundo José, geb. 1959, portugiesischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

7. B2008/254: Türkes Hacidursum, geb. 1963 und Ehefrau Türkes geb. Akburak Sevim, geb. 1964, mit Kinder Canan, geb. 1993 und Kübra, geb. 1997, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2008/255: Bizzarro Gerardo Alessandro, geb. 1959 und Ehefrau Bizzarro geb. Izzi Antonietta, geb. 1955, italienische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

9. B2008/256: Balta Drago, geb. 1965 und Ehefrau Balta, geb. Duvnjak Kata, geb. 1966, mit Kindern Martin, geb. 1994 und Marko, geb. 2000 kroatische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2008/257: Dao Thi Gai, geb. 1960, mit Kindern Nguyen Xuan Quynh, geb. 1990, und Nguyen Vuong Phi, geb. 1993, vietnamesische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

11. B2008/260: Misimi Ardian, geb. 1983, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (3:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2008/261: Quaglia geb. Lisskonvá Lenka, geb. 1975, tschechische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2008/263: Roschewitz Annette, geb. 1963, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsident W. Langhard gratuliert Frau Roschewitz ganz herzlich. Sie leitet den Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz in der Stadt Winterthur.

Der Rat gratuliert mit einem Applaus.

14. B2008/264: Tokmakçi Zeki, geb. 1966 und Ehefrau Tokmakçi, geb. Tokmakçi Sultan, geb. 1963, mit Kindern Murat, geb. 1993, Fatih, geb. 1995 und Bilal Yakup Hasan, geb. 1999, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

15. B2008/265: Arifi Nijaz, geb. 1973 und Ehefrau Arifi geb. Sabanovic Jasmina, geb. 1975, mit Kindern Danijel, geb. 2001 und Danijela, geb. 2001, serbisch-montenegrinische Staatangehörige

Rückzug des Gesuchs

16. B2008/266: Harb Salim, geb. 1962 und Ehefrau Harb geb. Harb Rima, geb. 1969, mit Kindern Abdul Hamid, geb. 1998, Amin, geb. 2001 und Bilal, geb. 2005, libanesisische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (3:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

17. B2008/267: Kesen Mehmet, geb. 1973, mit Kindern Meryem Nur, geb. 2005, und Sura Nur, geb. 2007, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

18. B2008/268: Luzza Matteo, geb. 1963 und Ehefrau Galati Mariangela, geb. 1969, mit Kindern Luzza Assunta, geb. 1996 und Luzza Domeinico, geb. 2000, italiensische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:1 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

19. B2008/269: Ramadani Besnik, geb. 1975, mit Kindern Shkëmbim, geb. 2001 und Albim, geb. 2004, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

20. B2008/272: Qehaja Xhevat, geb. 1954 und Ehefrau Qehaja geb. Lecaj Nazlije, geb. 1959, serbisch-motenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

21. B2008/273: Ahmetaj Halil, geb. 1984, serbischer Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

22. B2008/274: Berber geb. de Brito Oliveira Maria Zenilda, geb. 1966, italienische und brasilianische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

23. B2008/276: De Leus Balas, geb. 1980, philippinischer Staatsangehöriger

Rückzug des Gesuchs

24. B2008/277: Fareed Bahjat Awx, geb. 1973, irakische Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

25. B2008/278: Kochler Beate, geb. 1958, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

26. B2008/279: Miljkovic Slavko, geb. 1964 und Ehefrau Miljkovic geb. Vojinovic Mirjana, geb. 1969, mit Kind Marija, geb. 2000, serbisch-motenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

27. B2008/280: Murati Suljo, geb. 1960, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

28. B2008/281: Sandor Viktoria, geb. 1974, ungarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

29. B2008/282, Sera Rosario, geb. 1955, italienischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

30. B2008/283: Balakumara geb. Logarajah Thabothini, geb. 1973, srilankische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

31. B2008/284: Folie Karl Wilhelm, geb. 1949, italienischer Staatsangehöriger und Ehefrau Folie geb. Jarat Samroeng, geb. 1977, thailändische Staatsangehörige, mit Kindern Jarat Khwancheewa, geb. 2001, thailändische Staatsangehörige, und Folie Patrik, geb. 2003, italienischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

32. B2008/286: Nokic Ernad, geb. 1979 mit Kind Dino, geb. 2005, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Noch nicht behandlungsreif

Ratspräsident E. Langhard gratuliert allen, die heute ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen worden sind.

Der Rat gratuliert mit Applaus.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Die 2. Vizepräsidentin:

W. Langhard (SVP)

Y. Beutler (SP)

U. Bründler (CVP)